



fedpol24

POLICE
fedpol

POLICE
SURETE VAUD

INTERPOL



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Polizei fedpol

Editorial 3

Schwerstkriminalität

Radikalisierung: vom Klick zur Tat	6
Unantastbar? Nein!	9
Phishing-Betrug mit internationalem Netzwerk aufgedeckt	11
Erfolgreicher Schlag gegen internationale Schleuserbande	13
Im Auge des Schneesturms	15
KI für moralisch vertretbare Kinderpornografie?	19
Kein gutes Jahr für die Plofkraker	21
Von der internationalen Justiz eingeholt	23
Der Hamas-Code	26

Schutz

Bürgerstock: Konferenz mit hohem Einsatz	28
Ein Einsatz, eine Kultur	31
Einsatz mit Lokalkolorit	34
Schweizer Haus, sicheres Haus	37

Informationssysteme

Eine unsichtbare Verteidigung gegen Dokumentenbetrug	41
--	----

Kooperation

Flucht ins Luxusparadies	43
Doppelt ausgebeutet	45

Zahlen

fedpol in Zahlen	47
Informationsaustausch: entscheidend für die Arbeit der Polizei	48
Einreiseverbote und Ausweisungen	51
Terrorismusbekämpfung	53
Vereint gegen Pädokriminalität	56
Drohungsmeldungen nehmen zu	58
Geldwäscherei: doppelt so viele Meldungen wie noch vor zwei Jahren	60
Bewilligungen und Erwerb von Vorläuferstoffen für explosionsfähige Stoffe	62
Gewalt bei Sportveranstaltungen: Niveau bleibt stabil	64

Jahresbericht
fedpol mit
Animationen
und Videos





A wie **A**ustausch von Informationen, **A**bschied und **A**nfang: Nicoletta della Valle, Direktorin bis Januar 2025, und ihre Nachfolgerin Eva Wildi-Cortés, Direktorin seit Februar 2025, vor dem G1A, dem Zentrum von fedpol in Bern.

Kriminalität kennt keine Grenzen – unsere Zusammenarbeit auch nicht

2. März 2024, Zürich: Ein Minderjähriger greift in Zürich auf offener Strasse mit einem Messer einen jüdischen Mann an und verletzt ihn lebensgefährlich. Der Islamische Staat, der Ende 2023 zu Anschlägen in Europa aufgerufen hatte, reklamiert die Tat umgehend für sich. Die Ermittlungen zeigen, dass sich der Minderjährige innert kürzester Zeit online radikalisiert hatte – ein besorgniserregendes Phänomen, das wir und unsere Partner zunehmend bei Jugendlichen in ganz Europa beobachten.

Radikalisierung vollzieht sich innert Wochen oder weniger Monate, getrieben durch soziale Netzwerke und digitale Resonanzräume. Hier braucht es nicht nur Ermittlungsarbeit, sondern vor allem Prävention. Dafür wurde 2017 beispielsweise der Nationale Aktionsplan (NAP) gegen Radikalisierung geschaffen. Die aktuell dritte Version davon legt einen Fokus auf die Präventionsarbeit bei Jugendlichen.

Die digitale Welt: Ort für Radikalisierung und Toolbox für Kriminelle. Neue Phänomene der Cyberkriminalität wie Echtzeit-Phishing oder der Missbrauch von Kryptowährungen zur Terrorismusfinanzierung fordern viel von der Polizei. Wenn Täter in Echtzeit Zugangsdaten abgreifen und Finanztransaktionen in die eigene Tasche umleiten oder mit Kryptowährungen kriminelle Netzwerke finanzieren, geschehen die Taten im virtuellen Raum. Die Konsequenzen manifestieren sich aber in der realen Welt: Opfer sind nicht Bits und Pixel, sondern Menschen.

fedpol reagiert darauf nicht allein mit Ermittlungen, sondern auch durch Prävention, internationale Kooperationen, Informations- und Wissensaustausch. fedpol muss die Kriminalität nach wie vor in der realen Welt bekämpfen, braucht aber die geeigneten Tools, um sie in der virtuellen Welt aufzuspüren.

Organisierte Kriminalität agiert heute arbeitsteilig, vernetzt und flexibel. Mithilfe von Daten aus dem verschlüsselten **Messengerdienst Sky ECC** [<https://2022.fedpol.report/de/schwerst-kriminalitat/verschluselte-chats-der-organisierten-kriminalitat/>] deckt fedpol weitreichende Betrugs- und Geldwäschereinetzwerke auf, die länderübergreifend operieren. Diese Erkenntnisse fliessen direkt in umfangreiche Ermittlungen ein – mit Verhaftungen in der realen Welt.

Sicherheit und Freiheit: zwei Seiten derselben Medaille. Ohne Sicherheit keine Freiheit und ohne Freiheit keine Sicherheit. Dieser Balanceakt erfordert eine klare Strategie, die Wissen, Zusammenarbeit und Vertrauen miteinander verbindet. Schwerstkriminelle vernetzen sich global, dasselbe muss die Polizei tun. Mehr denn je.

«Schwerstkriminelle vernetzen sich global, dasselbe muss die Polizei tun.»

Anfang 2025 nahm die bisherige Direktorin Nicoletta della Valle Abschied von fedpol und legte die Führung in die Hände ihrer Nachfolgerin Eva Wildi-Cortés: «Über zehn Jahre durfte ich fedpol im Dienst für die Schweiz führen. fedpol hat sich in dieser Zeit grundlegend verändert. Von einer Organisation, die einst als behäbig galt, hat sie sich zu einer zentralen Drehscheibe für nationale und internationale Kriminalitätsbekämpfung und Sicherheit entwickelt. Die Zusammenarbeit mit den Kantonen und internationalen Partnern ist enger geworden, die Digitalisierung hat neue Möglichkeiten eröffnet, und spezialisierte Teams tauschen ihr Wissen weltweit aus. Eine solche Transformation ist nicht immer einfach und verlangt von allen einen hohen Einsatz. Doch sie hat fedpol dahin gebracht, wo sie heute steht: eine moderne, vernetzte Bundespolizei, die einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit unseres Landes leistet.»

Nun ist es an der neuen Direktorin Eva Wildi-Cortés, diesen Weg weiterzugehen. Nicoletta della Valle: «Ich wünsche ihr viel Erfolg und die Kraft für die Entscheidungen, die eine fedpol-Direktorin treffen muss. Die Herausforderungen werden für fedpol nicht kleiner. Ich bin überzeugt, dass Eva Wildi-Cortés und fedpol diese Aufgaben mit einem stabilen Fundament, engagierten Teams und starken Partnern meistern werden – mit Mut, Weitsicht und einem klaren Blick für das, was kommt.»

Und das, was 2024 war? Das lesen Sie in unserem Jahresbericht:

Die Verhaftung von Geldautomatensprengern. Das Hamas-Verbot. Eine Entführung auf der Migrationsroute und die Erpressung des Bruders in der Schweiz. Die weltweite Operation JACKAL gegen die nigerianische organisierte Kriminalität. Tschetschenische Menschenschmuggler, die Menschen durch die Schweiz schleusen. Ein international eingefädelter Schlag gegen Pädokriminalität. Die Ukraine-Konferenz auf dem Bürgenstock. Die Olympischen Spiele in Paris. Oder ein zentrales Element zur Erkennung von gefälschten Dokumenten.

Diese und viele anderen Fälle des Jahres 2024 finden Sie in unserem Jahresbericht. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Was tut fedpol?



fedpol bekämpft in der Schweiz und international Terrorismus und Gewaltextremismus, organisierte und schwerste Kriminalität sowie Wirtschaftskriminalität. fedpol schützt Personen, Behörden und Gebäude des Bundes. fedpol entwickelt und betreibt nationale Informationssysteme und erfüllt Aufsichts-, Bewilligungs- und Vollzugsaufgaben im Waffen- und Sprengstoffrecht. Ausserdem sorgt fedpol für die nationale und internationale Polizeikooperation und den Informationsaustausch. Damit leistet fedpol einen Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit und zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaat.

Strategie «Invia fedpol 2024–2027» [<https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/de/home/fedpol/strategie.htm>]



Ein Schema, das die Polizei häufig beobachtet: Jugendliche radikalieren sich im Netz und geraten in eine Abwärtsspirale (Symbolbild).

Radikalisierung: vom Klick zur Tat

Davide* und Blerim* haben sich online kennengelernt. Während Monaten tauschen sie über verschiedene Chats Nachrichten aus. Nach und nach knüpfen sie virtuell Freundschaft. Was sie verbindet, ist ihre extremistische Weltanschauung und die Obsession, jene zu bestrafen, die in ihren Augen Ungläubige sind. Gemeinsam hegen sie die Fantasie, Terroranschläge zu begehen.

Gemäss den fedpol und seinen Partnern vorliegenden Informationen hat Davide sich rasend schnell radikalisiert. Es ist ein Schema, das die Polizei in vielen Fällen beobachtet: Junge Menschen geraten im Internet in eine Radikalisierungsspirale, die sich von Social-Media-Inhalten nährt und ihre ursprünglichen Überzeugungen verstärkt. Gefangen in dieser Spirale, konsumiert Davide Unmengen von Onlinepropaganda und beginnt gar selbst, welche herzustellen. Ohne Arbeit oder Ausbildung verbringt er seine Tage in seiner virtuellen Welt, von dschihadistischen Themen besessen. Die Daten auf seinem Telefon und die Stichwörter, die er in Suchmaschinen eingibt, deuten darauf hin, dass seine Obsessionen zunehmend konkreter werden.

Auch Blerims finstere Absichten finden den Weg in die reale Welt. Seinem Hass auf Ungläubige verschafft er öffentlich Luft. Über mehrere Wochen sucht er verschiedene Kirchen in seiner Region auf und stört den Gottesdienst. Für ihn ist der Islam die einzige wahre Religion, seine Überzeugungen versucht er an diesen Gebetsstätten

Andersgläubigen aufzuzwingen. Selbst einem Ermittler von fedpol probiert er seine Doktrin zu predigen.

*«Es ist beunruhigend zu sehen, wie diese jungen Menschen felsenfest überzeugt sind, auf dem richtigen Weg, **«im Recht»** zu sein. Bei einigen ist die Radikalisierung tief verwurzelt.»*

Florian*, Bundesermittler

Heute werden gegen einen der beiden jungen Männer polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) umgesetzt: Seit seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft absolviert er ein Deradikalisierungsprogramm. Der andere wurde in einer Einrichtung für junge Erwachsene untergebracht. In Fällen mit radikalisierten jungen Menschen versuchen die Behörden immer, Wiedereingliederungsmassnahmen zu priorisieren. Denn ohne angemessene Betreuung besteht die Gefahr, dass sie ihren radikalen Weg fortsetzen. Und mit dem Übergang zum Erwachsenenalter drohen Minderjährigen Strafen mit schwerwiegenden Konsequenzen.

Radikalisierung von Minderjährigen – alarmierende Tendenz 2024



Die dschihadistische Radikalisierung Minderjähriger und junger Erwachsener ist 2024 zu einem Hauptanliegen von Polizei und Nachrichtendienst geworden. Laut dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) ist die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern von diesem Phänomen besonders betroffen.

Mehrere Fälle bestätigen dies. Wenige Wochen nach dem Messerangriff von Zürich werden in den Kantonen Genf und Waadt drei radikalisierte Jugendliche festgenommen, als sie zur Tat schreiten wollen. Im Frühling werden in Schaffhausen aus ähnlichen Gründen zwei Minderjährige verhaftet. Im Sommer werden zwei Jugendliche festgenommen, nachdem sie drohen, mit einem Lastwagen einen Anschlag auf das *Zurich Pride Festival* zu verüben. Ende 2024 werden in der Südschweiz zwei Jugendliche festgenommen. Einer der beiden ist gerade einmal elf Jahre alt, und beide zeigen ein besorgniserregendes Radikalisierungsprofil.

Brücken bauen zwischen Partnern



fedpol ermittelt in Terrorismusfällen, die in die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft (BA) fallen, gegen unbekannt oder Erwachsene. fedpol analysiert polizeiliche Daten auf taktischer und strategischer Ebene, unterstützt die kleinen Kantone und erleichtert die kantonale und internationale Polizeikooperation. Zudem bringt fedpol seine Expertise im Bereich des dschihadistischen Terrorismus ein, insbesondere in Fällen mit Minderjährigen; eine Kompetenz, die in gewissen Kantonen begrenzt vorhanden ist.

In Anbetracht der Lage hat fedpol 2024 während einiger Monate eine spezifische Arbeitsgruppe zur Bearbeitung von Fällen von Radikalisierung junger Erwachsener und Minderjähriger eingesetzt. Dadurch gelang es, zwischen den verschiedenen Behörden Brücken zu schlagen. Der Hauptzweck der Arbeitsgruppe war die Koordination der Ermittlungsergebnisse zwischen den verschiedenen kantonalen Polizeikörpern, den kantonalen Staatsanwaltschaften, dem NDB, fedpol und der BA.

Im Fokus stand der Austausch der verschiedenen Informationen aus Analysen, Einvernahmen und weiteren Ermittlungen, um Verbindungen zwischen involvierten, namentlich online aktiven Personen herzustellen, auch auf internationaler Ebene. Dank dieser Koordination konnte die Arbeitsgruppe einen einheitlichen Informationsaustausch zwischen allen betroffenen Parteien gewährleisten und sicherstellen, dass die geeignetsten Massnahmen ergriffen werden.

* Name geändert

[Einreiseverbote und Ausweisungen \[https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/einreiseverbote-und-ausweisungen-2024/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/einreiseverbote-und-ausweisungen-2024/)

[Terrorismusbekämpfung \[https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/terrorismusbekaempfung/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/terrorismusbekaempfung/)

fedpol24



Einblick in die Einsatzkoordination, den sogenannten Kommandoposten.

Unantastbar? Nein!

Das kleine, unscheinbare Geschäft liegt an einer belebten Durchfahrtsstrasse mitten in einer Stadt in der Innerschweiz. Mehrere Monate lang gehen Männer hier ein und aus – unauffällig und routiniert. Was zunächst wie gewöhnlicher Geschäftsverkehr wirkt, entpuppt sich als mutmasslicher Knotenpunkt eines Drogen- und Geldwäschereinetzwerks.

Unter der Leitung der Bundesanwaltschaft ermittelt fedpol gemeinsam mit der Luzerner Polizei gegen eine mutmassliche kriminelle Organisation mit ethnisch-albanischem Hintergrund. Der Verdacht: Kriminelle waschen über ein Geschäft systematisch Drogengelder. Zwischen März 2022 und Februar 2023 registrieren die Ermittlerinnen und Ermittler über 750 Besuche mutmasslicher Geldkuriere – ein klares Indiz für rege Aktivitäten. Gemäss den Ermittlungen dürfte das Reisebüro als Finanzdrehzscheibe genutzt werden. Die Betreiber sollen mehrere Millionen Franken geschleust, also ausser Landes transferiert haben. Ein Grossteil fliesst mutmasslich über informelle Finanzkanäle nach Albanien und in den Kosovo.

Internationale Verflechtungen und verdeckte Operationen

Die Betreiber des Reisebüros scheinen Teil eines grösseren kriminellen Netzwerks zu sein, das sich über die Schweiz, den Balkan und weitere europäische Länder erstreckt. Im Zentrum stehen mutmassliche Drahtzieher, die auf vielfältige Weise kriminell tätig sind. Die Verdächtigen fühlen sich sicher. In abgehörten Telefonaten wird deutlich, dass sie glauben, keine Spuren zu hinterlassen und auf die Funktionsweise ihres Netzwerks vertrauen zu können. Ein Irrtum. Im September 2024 schlagen fedpol und die Luzerner Polizei unterstützt von der Kantonspolizei Basel-Stadt sowie dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit zu. An diesem *Action-Day* werden sechs Personen festgenommen, schweizweit Häuser durchsucht und Beweise sichergestellt. Es ist ein langer und herausfordernder Tag für alle Einsatzkräfte. Die zeitgleiche Koordination der involvierten Behörden an den verschiedenen Einsatzorten setzt eine minutiöse Vorbereitung und höchste Konzentration voraus.

Die Ermittlungen gehen weiter

Die Verdächtigen sind nun in Untersuchungshaft, die Ermittlungen gehen weiter. Behördenübergreifende Zusammenarbeit ist für die Bekämpfung organisierter Kriminalität essenziell; das zeigt dieser Fall gut auf. fedpol bleibt dran – denn wer sich unantastbar wähnt, unterschätzt die Reichweite der Strafverfolgung.

Für alle genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung.

«Die gemeinsame Operation von fedpol und der Luzerner Polizei zeigt bestens auf, wie die enge Zusammenarbeit der Polizeikorps und die gemeinsame strategische Ausrichtung entscheidende Erfolge gegen die organisierte Kriminalität ermöglichen.»

Marie, Ermittlerin

[Geldwäscherei: doppelt so viele Meldungen wie noch vor zwei Jahren \[https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/geldwascherei-doppelt-so-viele-meldungen-wie-noch-vor-zwei-jahren/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/geldwascherei-doppelt-so-viele-meldungen-wie-noch-vor-zwei-jahren/)



Mehrfachauthentifizierungen erhöhen die Sicherheit (Symbolbild).

Phishing-Betrug mit internationalem Netzwerk aufgedeckt

Eine Bankkundin in der Schweiz googelt die Adresse des E-Banking-Portals, klickt auf einen Treffer und gibt ihre Zugangsdaten ein. Und wird zum Opfer. Die Website entpuppt sich als perfekte Kopie, erstellt von Kriminellen, die ihre Daten in Echtzeit abgreifen und nutzen.

Kriminelle registrieren täuschend echte Internet-Domains und platzieren diese mit Google-Werbung prominent in den Suchergebnissen.

Kundinnen und Kunden von Banken melden sich wie gewohnt mit Benutzername und Passwort an, ihre Eingaben werden sofort an die Täter übermittelt. Diese loggen sich parallel auf den echten Bankseiten ein. Die Zwei-Faktor-Authentifizierung (2FA) ist wirkungslos. Innert Sekunden werden die Kundinnen und Kunden zu Opfern. Arglos geben sie ihren Sicherheitscode auf der gefälschten Bankenwebsite ein, den die Täter dadurch sofort erhalten. So loggen sie sich als berechtigte Nutzer in die Bankkonten ein und übernehmen das Steuer. Oftmals überweisen die Täter hohe Beträge auf Konten von Money Mules – Personen, die als Finanzagentinnen und -agenten angeworben werden und deren Bankkonten die Täter nutzen, um das illegal erworbene Geld zu verschieben. Die Täter verwenden aber auch Krypto-Tauschbörsen, über die das Geld anschliessend weitergeleitet wird.

fedpol bringt Ermittlungen ins Rollen

Nach ersten polizeilichen Ermittlungen eröffnet die Bundesanwaltschaft im Juli 2022 ein Verfahren und beauftragt fedpol mit den weiteren Schritten. Alles deutet darauf hin, dass eine international agierende Gruppe von Cyberkriminellen zwischen Mai und Oktober 2022 gezielt Kundschaft von Schweizer Banken angriff. IT-Forensiker und Ermittler von fedpol identifizieren einen in England ansässigen Entwickler. Er ist mutmasslich für das gesamte Phishing-Kit – die Software, mit der die Kriminellen arbeiten – verantwortlich. Die britischen Behörden ermitteln bereits gegen ihn.

Durch den engen Austausch zwischen fedpol, der Bundesanwaltschaft, Europol und Eurojust – der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – gleichen die Behörden die Informationen ab. Die britischen Behörden bestätigen die Identität des mutmasslichen Entwicklers. Am 26. Oktober 2023 wird er in England verhaftet.

«Cyberkriminelle sind gut organisiert, effizient und agieren über Landesgrenzen hinweg. Unsere Ressourcen sind zwar sehr knapp, und die internationale Zusammenarbeit gestaltet sich nicht immer einfach. Trotzdem zeigt dieser Fall, dass wir durchaus in der Lage sind, die Täter auch im Ausland zur Verantwortung zu ziehen.»

Andreas, Bundesermittler

Internationale Zusammenarbeit als Schlüssel zum Erfolg

Die enge Kooperation zwischen fedpol und der internationalen Strafverfolgung führt zur Übernahme des Verfahrens durch die britischen Behörden. Aktuell muss sich der Verdächtige für seine Taten in England vor Gericht verantworten. Cyberkriminelle sind äusserst agil; internationale Ermittlungsarbeit ist essenziell, um ihnen einen Riegel vorzuschieben. Gerade im digitalen Raum kennen Täter keine Grenzen – die Strafverfolgung muss ebenso vernetzt und dynamisch sein.

Sicher durchs Netz: So schützen Sie sich vor Phishing



- **Bankseite über URL eingeben oder abspeichern:** Tippen Sie die Webadresse Ihrer Bank immer selbst ein, oder speichern Sie diese in den Favoriten Ihres Webbrowsers. Suchen Sie die Adresse nicht über eine Suchmaschine.
- **Links und E-Mail-Absender prüfen:** Öffnen Sie keine Links oder Anhänge von unbekanntem Absendern. Banken fordern niemals sensible Daten per E-Mail oder SMS an.
- **Zwei-Faktor-Authentifizierung hinterfragen (2FA):** Erhalten Sie unerwartet eine 2FA-Anfrage? Brechen Sie den Vorgang ab, und melden Sie sich direkt bei Ihrer Bank.
- **Kontoaktivitäten regelmässig kontrollieren:** Überprüfen Sie Ihre Transaktionen und melden Sie verdächtige Buchungen sofort.
- **Software aktuell halten:** Halten Sie Ihr Betriebssystem, Ihre Apps und Ihr Antivirenprogramm auf dem neuesten Stand.

Bleiben Sie wachsam – Cyberkriminelle nutzen jede Gelegenheit!



Die Spezialkräfte kurz vor dem Einsatz in Frankreich.

Erfolgreicher Schlag gegen internationale Schleuserbande

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere des internationalen Menschenmuggels, hat für fedpol höchste Priorität. In Zusammenarbeit mit den französischen Strafverfolgungsbehörden und der Bundesanwaltschaft zerschlagen Ermittlerinnen und Ermittler von fedpol eine gut organisierte Schleuserbande, die Menschen aus dem russischen Nordkaukasus illegal nach Westeuropa bringt. Ein Fall, der die Effizienz und Notwendigkeit internationaler Kooperation aufzeigt.

Im Juni 2023 stossen Ermittlungsteams aus Frankreich auf ein Netzwerk, das Personen aus der russischen Teilrepublik Tschetschenien ohne gültige Aufenthaltstitel durch Europa schleust. Derweil werden in der Schweiz mehrfach russische Staatsangehörige ohne gültige Papiere kontrolliert. Europol koordiniert die Ermittlungserkenntnisse fortlaufend, fedpol intensiviert die Untersuchungen.

Die Bundesanwaltschaft leitet ein Strafverfahren gegen vier Personen ein, die im Verdacht stehen, illegale Ein- und Durchreisen durch die Schweiz zu organisieren. Die schweizerischen und französischen Behörden arbeiten in der Folge innerhalb eines *Joint*

Investigation Teams (JIT) zusammen, um die Strukturen der Schleusergruppe offenzulegen. Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit steuert wichtige Erkenntnisse aus Grenzkontrollen bei.

Am 28. Mai 2024 erfolgt der Zugriff: Französische Spezialkräfte wie die Groupe d'intervention de la gendarmerie nationale und die Recherche Assistance Intervention Dissuasion verhaften in und um Reims (Frankreich) elf Verdächtige. Ermittler von fedpol unterstützen die französischen Behörden vor Ort. Hausdurchsuchungen bringen wichtige Hinweise zum Vorschein: Es bestehen Hinweise, wonach die verhafteten Personen in weitere Delikte wie Terrorismus und Waffenhandel verwickelt sein könnten.

Internationale Zusammenarbeit als Schlüssel zum Erfolg

Die Schleuser variieren ihre Routen geschickt und nutzen legale Aufenthaltsgenehmigungen in verschiedenen EU-Staaten. Sie begleiten Migrantinnen und Migranten von der Slowakei über Italien und die Schweiz und weiter nach Frankreich und verlangen dafür hohe Geldsummen.

Die enge Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden zwischen Frankreich und der Schweiz erweist sich als entscheidend. Das JIT ermöglicht grenzüberschreitend eine schnelle Sicherung der Beweise und eine koordinierte rechtliche Verfolgung der Tatverdächtigen. Dank reibungsloser Kommunikation zwischen den Staatsanwaltschaften sind rasche Festnahmen möglich.

Ein Blick nach vorne

Bisher gibt es keine Hinweise auf Verdächtige oder Infrastruktur dieser Bande in der Schweiz. Sie diene den Kriminellen in diesem Fall vor allem als Transitland. Der Einsatz zeigt, wie wichtig frühzeitige Kooperation und enger Austausch zwischen nationalen und internationalen Partnern sind. Es ist ein bedeutender Schlag gegen den internationalen Menschenmuggel und beweist, wie entschlossene Zusammenarbeit von Polizei- und Justizbehörden grenzüberschreitende Kriminalität wirksam bekämpft. Die Erkenntnisse des Falls helfen, künftige Schleusungsversuche frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

«Die Operation hat klar gezeigt, dass wir in der Schweiz über den Tellerrand hinausschauen müssen, um Menschenmuggel zu bekämpfen. Nur so kann den Kriminellen signalisiert werden, dass die Schweiz kein Land der Rechtsfreiheit ist.»

Kuno, Stellvertretender Kommissariatsleiter

[Einreiseverbote und Ausweisungen](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/einreiseverbote-und-ausweisungen-2024/) [https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/einreiseverbote-und-ausweisungen-2024/]



Nigerianische Bruderschaften: international agierende kriminelle Organisationen.

Im Auge des Schneesturms

Was aussieht wie eine lokale Razzia, ist Teil einer globalen Operation gegen nigerianische Bruderschaften, die mit Drogenhandel, Betrug und Geldwäsche ganze Kontinente verbinden. Ihre Opfer verlieren alles: Geld, Vertrauen und Freiheit.

«Zugriff! Zugriff!»

Morgengrauen am 14. Mai 2024. 6 Uhr, Rue de Genève, Lausanne. Die Operation JACKAL beginnt. Einsatzkräfte von fedpol, der Kantonspolizei Waadt, der Stadtpolizei Lausanne, der Staatsanwaltschaft des Kantons Waadt und INTERPOL verschaffen sich Zugang zu einem Mehrfamilienhaus. Kaum ist der erste Polizist durch die Eingangstür, fliegen Säckchen mit Weissm Pulver aus den Fenstern – mutmasslich Kokain. Verdächtige versuchen hektisch, Beweise zu vernichten. Doch die Polizei ist schneller. 57 Polizistinnen und Polizisten durchsuchen systematisch die Wohnungen, die als Verstecke und Lager für Drogenhandel dienten. 22 Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus in der Schweiz werden festgenommen. Zwei erhalten noch am selben Tag Haftstrafen, vier gehen in Untersuchungshaft, drei weitere werden in andere Kantone überstellt. Mehr als ein Kilogramm Kokain und 48 000 Franken Bargeld werden sichergestellt.

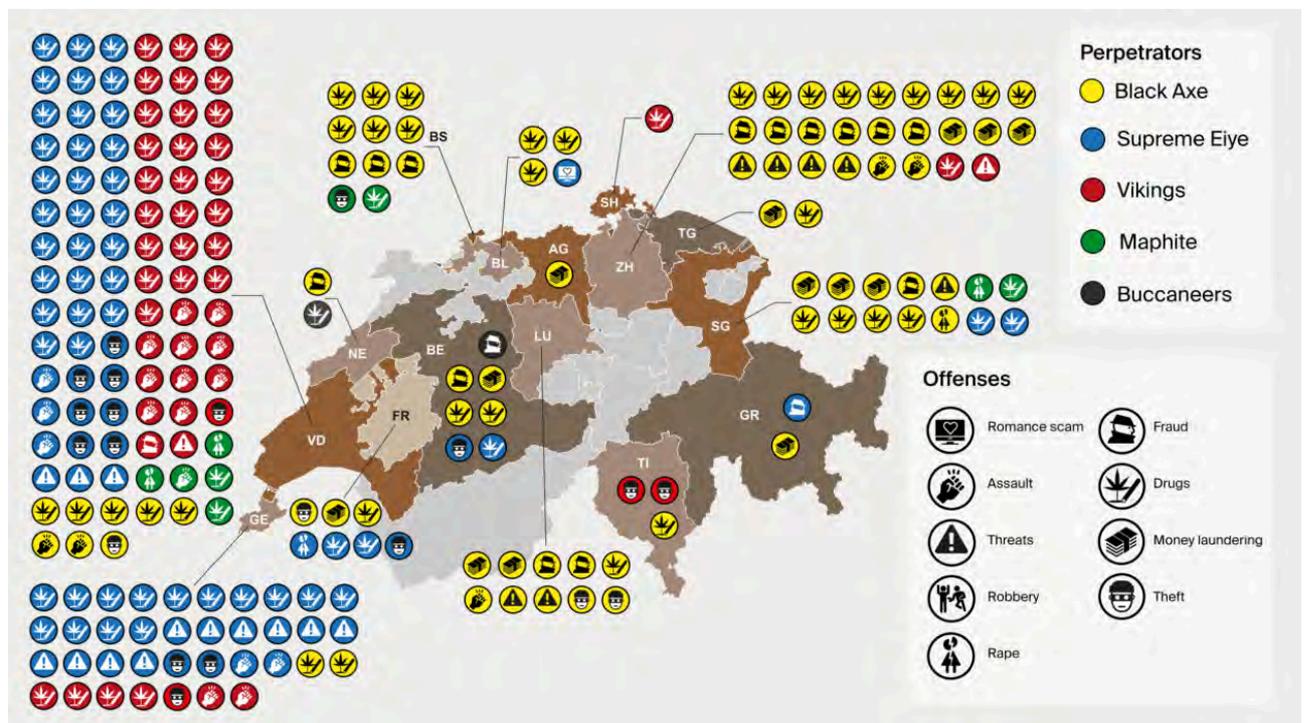
Die nigerianischen Bruderschaften



Die Ursprünge der Bruderschaften reichen bis in die 1950er-Jahre zurück, als sie in Nigeria aus studentischen Verbindungen entstanden, damals noch mit sozialen Zielen. Gruppen wie *Black Axe*, *Vikings*, *Maphites* und *Supreme Eiy* entwickelten sich im Laufe der Jahre zur Fassade für international agierende kriminelle Organisationen. Sie zeichnen sich durch strenge Hierarchien und hohe Anpassungsfähigkeit aus. Ein weltweit operierender Präsident gibt die Richtung vor; regionale *Chapter* setzen die Befehle um.

Rückblende. 2021 gelangt die Information von ausländischen Partnern an fedpol: Nigerianer aus der Schweiz wurden am Europäischen Meeting der Bruderschaft *Black Axe* in Brüssel gesichtet. fedpol will es genauer wissen und identifiziert in der Schweiz etwa 200 Mitglieder, die verschiedenen Bruderschaften zugeordnet werden. Deren Opfer verlieren oftmals ihre ganze Existenz. Frauen werden mit Versprechungen nach einem besseren Leben in die Prostitution gedrängt. Opfer von Romance Scams – Menschen, die nach Zuneigung suchen – verlieren ihr Geld und das Vertrauen in soziale Kontakte. Rentnerinnen und Rentner werden dank ausgeklügelten Phantasiegeschichten als Kuriere (*Mulis*) für Bargeld- oder Drogentransporte ausgenutzt. Derzeit sitzen mehrere Schweizer Rentnerinnen und Rentner in ausländischen Gefängnissen.

Gelder aus der Schweiz fließen in internationale Netzwerke und finanzieren Verbrechen in Europa, Afrika und Südamerika. Die Analyse zeigt: Fast alle Schweizer Kantone sind betroffen, wobei Lausanne, Genf und Zürich als Hauptdrehscheiben für Aktivitäten wie Geldwäscherei und Drogenverteilung dienen. Verfeindete Bruderschaften regeln ihre Angelegenheiten mit Gewalt – allein 2024 registriert fedpol in der Schweiz zehn gewaltsame Auseinandersetzungen.



Infografik: Die Bruderschaften in der Schweiz sind aktiv – von Drohungen über Drogenhandel bis zu Geldwäscherei; ihre Verbrechen treffen unzählige Opfer (Stand: Februar 2025).

Die Bilanz der Operation JACKAL ist beachtlich: Weltweit blockiert INTERPOL über 1,2 Millionen Euro illegale Gelder, 75 Verdächtige sind festgenommen und Schlüsselpersonen identifiziert. Die Erkenntnisse aus Lausanne fließen in die Analyse

ein und werden mit Partnerbehörden ausgetauscht. So fügt sich Stück für Stück das Puzzle zu einem Gesamtbild. Die Schweizer Polizei haben gezeigt, dass sie entschlossen handeln, und senden ein klares Signal: Die Schweiz ist kein sicherer Hafen für kriminelle Netzwerke, diese werden konsequent bekämpft.

Operation JACKAL



Eine globale Initiative. INTERPOL koordiniert die Operation JACKAL, die westafrikanische kriminelle Netzwerke ins Visier nimmt. Im Fokus stehen die nigerianischen Bruderschaften, insbesondere Black Axe, die durch Drogenhandel, Onlinebetrug, Menschenhandel und Geldwäscherei an Einfluss gewinnen. Rund 30 mutmassliche Mitglieder werden in der Schweiz identifiziert, mit Schwerpunkt in Lausanne, Genf und Zürich. Die Netzwerke operieren transnational und verlagern Gelder zur Finanzierung krimineller Aktivitäten weltweit.

«Wir müssen in der Schweiz entschieden handeln, damit nigerianische Bruderschaften nicht Fuss fassen und ihre Aktivitäten ausweiten. Um das zu erreichen, müssen wir unbedingt ihre Funktionsweise, ihre Werte und die Denkweise ihrer Mitglieder verstehen.»

Michael, Bundesermittler



Operation JACKAL: fedpol, die Kantonspolizei Waadt und INTERPOL sind bereit für ihren Einsatz.



Die Polizei stellt mehrere Lebensmittelkartons sicher, ...



... die bis zum Rand mit Drogen gefüllt sind.



Sichergestellt: 48 000 Franken Bargeld.

[Geldwäsche: doppelt so viele Meldungen wie noch vor zwei Jahren \[https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/geldwascherei-doppelt-so-viele-meldungen-wie-noch-vor-zwei-jahren/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/geldwascherei-doppelt-so-viele-meldungen-wie-noch-vor-zwei-jahren/)

fedpol24



Ein junger Däne verkauft KI-generierte Kinderpornografie in die ganze Welt. Die Polizei kommt ihm auf die Schliche: Es kommt zu Anhaltungen in 19 Ländern, drei davon in der Schweiz.

KI für moralisch vertretbare Kinderpornografie?

Die Website des 28-jährigen Rasmus* aus Dänemark enthält Abertausende Bilder von Minderjährigen, hauptsächlich Mädchen. Opfer gibt es womöglich keine, denn die Bilder hat Rasmus alle selbst hergestellt, mittels künstlicher Intelligenz (KI). Ein internationaler Fall, der auch in die Schweiz führt.

Rasmus* schaut sich zufrieden die Bilder auf seinem Computer an. Es sind viele, mittlerweile weit über 300 000. Er musste üben, doch nun hatte Rasmus das KI-Programm, das mehrheitlich gratis funktioniert, so gut im Griff, dass niemand mehr erkannte, ob die Fotos der Mädchen und Jungen in aufreizenden Posen echt waren oder nicht. Für ihn eine Win-win-Situation: Es gab keine Opfer, und doch konnte er Tausende Bilder zum Verkauf anbieten.

Im Juni 2024 findet am Hauptsitz von Europol in Den Haag (NL) das jährliche Treffen der Expertinnen und Experten für Pädokriminalität statt. Grossbritannien und Dänemark präsentieren gemeinsam den Fall des jungen Dänen, der über TikTok, YouTube, X, Discord und seine eigene Website Werbung für explizite pornografische Inhalte verbreitete. Ein Grossteil des öffentlich einsehbaren Inhalts ist nicht strafbar; die

Mädchen auf den Fotos sehen zwar jung aus, explizit pornografisch sind die Inhalte jedoch nicht. Für fünf Euro pro Monat bietet Rasmus *Premium Content* an, bis zu tausend Bilder pro Monat. Die britische National Crime Agency, die bei ihren verdeckten Ermittlungen darauf gestossen ist, zahlt. Der exklusive Inhalt entpuppt sich als explizite Kinderpornografie. Dank des Kaufs kann die Polizei den Täter identifizieren; Rasmus wird bei sich zu Hause in Dänemark festgenommen.

Ein internationaler Fall – der auch in die Schweiz führt

Die Polizei stellt über 300 000 Bilder sicher, alle KI-generiert; rund 30 000 davon sind kinderpornografisch. Die knapp 300 Käufer sind in weltweit über 30 Ländern zu Hause. Im Herbst informiert Europol fedpol, dass drei davon in der Schweiz wohnen. fedpol informiert die Wohnsitzkantone. Eine erste Hausdurchsuchung findet im Kanton Basel-Landschaft statt, es folgen der Kanton Luzern und die Stadt Zürich. Ein Geständiger argumentiert, er habe nicht gewusst, dass der Besitz von KI-generiertem kinderpornografischem Material strafbar sei.

Nutzen die Täter tatsächlich eine Grauzone der Justiz aus? Das Schweizerische Strafgesetzbuch sagt: Nein. Artikel 197 beschreibt klar, dass die Herstellung und der Besitz von nicht tatsächlichem kinderpornografischem Material strafbar sind. Ganz egal, ob Zeichnung, Foto oder KI-generiertes Bild: All dies ist strafbar.

KI lenkt von den echten Opfern ab

KI-generierter pädopornografischer Inhalt stellt die Polizei vor grosse Herausforderungen. Die Menge des Materials nimmt seit Jahren exponentiell zu, und die KI-Programme werden leichter zugänglich und nutzerfreundlicher. Auch wenn KI selbst keine Opfer generiert, sie lenkt von den echten Opfern ab und erschwert die Arbeit der Polizei. Denn die echten Bilder gibt es immer noch. Doch der Aufwand, zwischen echten und KI-generierten Bildern zu unterscheiden, wird immer komplexer und grösser. Hinter jedem echten Bild steht ein Opfer, ein missbrauchtes Kind, das gefunden werden muss. Umso wichtiger sind die Zusammenarbeit und der reibungslose Austausch von Informationen – zwischen fedpol und den internationalen Partnern wie Europol, aber auch auf nationaler Ebene. Denn oberste Priorität haben die Opfer – immer.

«Bei Pädopornografie ist die Identifikation der Opfer besonders wichtig, denn die Opfer führen meist zu weiteren Tätern. Der Kreis zieht sich immer weiter. Bei KI-generiertem Material wissen wir aber oft gar nicht, ob es überhaupt ein Opfer gibt. Das erschwert unsere Arbeit.»

Marcel, Bundesermittler

* Name geändert

[Vereint gegen Pädokriminalität \[https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/verein-t-gegen-paedokriminalitat/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/verein-t-gegen-paedokriminalitat/)



Nach der Testsprengung eines Geldautomaten sieht es aus wie in einem Actionfilm: Verwüstung, Zerstörung.

Kein gutes Jahr für die Plofkraker

2024 ist das Jahr der rekordhohen Geldautomatensprengungen, aber auch der grossen Erfolge. Denn es klicken Handschellen, eine um die andere. Monatelange Ermittlungen führen zu Verhaftungen in Frankreich und der Schweiz.

Nach einem Rückgang im Jahr 2023 steigt die Anzahl der Geldautomatensprengungen Anfang 2024 in der Schweiz wieder an. Vor allem die Sprengstoffangriffe häufen sich. Zuerst im Süden Deutschlands, dann im Schweizer Jurabogen, anschliessend in Frankreich. Gesprengt wird so häufig wie noch nie. Die Täter? Eine Gruppierung bestehend aus erschreckend jungen Niederländern.

Eine andere fedpol bereits bekannte Gruppierung, die der Moco-Mafia noch nähersteht, tritt ebenfalls aus dem Schatten. Die Gruppierung hatte sich bereits 2020 und 2021 in der Nordwestschweiz mit Geldautomatensprengungen einen Namen gemacht. Ende 2021 wurden einzelne Mitglieder in Frankreich verhaftet.

Was die beiden Gruppierungen verbindet: Sie gehen höchst professionell und gut vorbereitet vor. Die *Plofkraker*, wie sie in den Niederlanden genannt werden (auf Deutsch: die *Explodierer*), halten sich vor einer Sprengung längere Zeit in der Zielregion auf. Sie prüfen Fluchtwege, kundschaften die Geldautomaten aus. Als Rückzugsräume mieten sie Wohnungen und Hotelzimmer über gängige Plattformen. Sie überlassen nichts dem Zufall. In der Nacht schlagen sie zu.

Über 700 Kilometer trennen die Schweiz und die Niederlande. 8,5 Stunden Fahrzeit, wenn alles gut läuft. Für diesen langen Fluchtweg bereiten sich die Täter gut vor: In der Regel flüchten sie direkt vom Tatort mit einem E-Trottinett oder einem E-Scooter. Anschliessend steigen sie in ein hochmotorisiertes Fahrzeug um. Im Kofferraum verstauen sie Benzinkanister, damit die Flucht in die Niederlande ohne Halt gelingt. Die Tatfahrzeuge mieten sie über ominöse Firmen im Ausland oder in der Schweiz und zahlen meist bar. Nicht immer läuft alles nach Plan: Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz sind einige Täter verunfallt. Dann bleiben das Fluchtfahrzeug und somit mögliche Ermittlungshinweise zurück. Gut für die Polizei.

Ermittlung, Beobachtung und Zugriff!

Dank intensivem Informationsaustausch zwischen fedpol, den französischen, deutschen und niederländischen Behörden zieht sich die Schlinge für die Gruppierung mit dem Fokus auf das Länderdreieck Deutschland, Frankreich und die Schweiz zu. Zwischen dem 6. und dem 9. September verhaften die französischen Behörden 13 Personen, darunter Logistiker, Späher, Fahrer und Sprenger.

Drei Monate später zieht sich die Schlinge auch für die zweite Gruppierung zu: Dank ressourcenintensiver Ermittlungs- und Zusammenarbeit mit der Bundesanwaltschaft, dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit, der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt und der Kantonspolizei Bern bleiben im Dezember die Tätigkeiten der Gruppierung nicht unbemerkt. Am 13. Dezember ist es dann so weit: Vier mutmassliche Täter werden in der Region Luzern festgenommen. Zusätzlich werden in einer Mietwohnung im Berner Oberland Sprengstoffpakete und Cobra-6-Knallkörper sichergestellt.

2024 hat es sich für einige der Plofkraker ausgeknallt. Aus erfolgreichen Operationen wie diesen entspringen wichtige Erkenntnisse für zukünftige Verhaftungen. Fortsetzung folgt...

«Die Ermittlungserfolge sind wichtig, und trotzdem zeigen die Erfahrungen aus dem Ausland: Geldautomatenangriffe lassen sich nicht nur mit repressiven Massnahmen bekämpfen. Wir müssen gemeinsam mit den Banken dafür sorgen, dass es erst gar nicht zu einer Sprengung kommt ...»

Cristian*, Bundesermittler

* Name geändert



Ousman Sonko war ein gefürchteter Mann in Gambia. Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde er 2017 verhaftet und 2024 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt (Symbolbild).

Von der internationalen Justiz eingeholt

Der ehemalige gambische Innenminister Ousman Sonko hoffte, in der Schweiz Zuflucht zu finden – nachdem er im autoritären Regime seines Landes gedient hatte. Sonko werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. 2017 wird er verhaftet und 2024 zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren verurteilt. Komplexe Ermittlungen von fedpol, durchgeführt im Auftrag der Bundesanwaltschaft, konnten das repressive System rekonstruieren, dem er angehörte.

Von 2000 bis 2016 war Ousman Sonko in Gambia ein gefürchteter Mann. Er arbeitete unter dem autoritären Regime des Ex-Präsidenten Yahya Jammeh. In der Schweiz stellt der Minister ein Asylgesuch, in der Annahme, dass seine dunklen Geheimnisse hier sicher sind. Weit gefehlt: Im Januar 2017 wird er in der Schweiz verhaftet. Die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen wiegen schwer: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Sonko steht unter dem Verdacht, ein Schlüsselakteur unter dem repressiven Regime Jammehs gewesen zu sein, das sich gegen Journalistinnen und Journalisten, Oppositionelle und als Putschisten verdächtige Militärangehörige richtete. Hinter den Befehlen des Regimes verbirgt sich eine grausame Realität: Personen wurden willkürlich inhaftiert, gefoltert, zum Verschwinden gebracht und aussergerichtlich hingerichtet.

Das Puzzle zusammensetzen

Traffic Light, eine strategische Kreuzung in Banjul, dient den Junglers – der Todesschwadron des Jammeh-Regimes – über Jahre hinweg regelmässig als Treffpunkt. An Bord von weissen Pick-ups verfolgen die vermummten Männer politische Gegnerinnen und Gegner und nehmen sie gefangen. Die Opfer werden im Gefängnis des Regimes festgehalten, bevor sie von den Junglers an den Sitz der National Intelligence Agency (NIA) überführt werden. Dort werden sie verhört und brutal gefoltert. Nur wenige kommen unversehrt wieder heraus.

Zahlreiche Junglers haben vor der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Gambia ausgesagt. Unter dem Titel *Establishing the Truth* wurden die Anhörungen gefilmt; diese Aufzeichnungen helfen den Ermittlerinnen und Ermittlern, gewisse Fakten zu rekonstruieren. Auch die Bundesanwaltschaft hat mit der Unterstützung von fedpol mehrere Junglers einvernommen. Einer davon gab, scheinbar emotionslos, zu Protokoll, um die zehn Menschen getötet zu haben. In einer Gewaltspirale gefangen, führten die Henker kaltblütig Befehle aus. Der geringste Ungehorsam hätte ihr eigenes Leben gefährden können.

Dank Kriminalanalyse zu einem präzisen Bild des Kontextes

Bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit stellen sich grosse Herausforderungen. Die oftmals lange zurückliegenden Tatsachen müssen minutiös rekonstruiert werden. Der Fall Sonko verdeutlicht diese Komplexität: Die Ermittlungen erforderten eine tiefgehende Analyse des historischen und politischen Kontextes und der Machtdynamiken in Gambia zur Zeit der Ereignisse.

Die Verknüpfung von Kriminalanalysen und Ermittlungen ermöglichte es, die Gerichtsakten zu konsolidieren: Ein detailliertes Bild des Regimes wurde nachgezeichnet und die Zeugenaussagen verifiziert. Alle diese Elemente haben dazu beigetragen, die mutmassliche Rolle von Sonko als Schlüsselakteur bei der Planung und Umsetzung der Schreckenstaten ans Licht zu bringen.

«Noch vor wenigen Jahren waren Ermittlungen zu dieser Art von Verbrechen präzedenzlos. Heute sehen wir, wie solche Fälle an Bedeutung gewinnen. Die Ermittlungen sind gleichzeitig faszinierend und beinhalten komplexe politische und historische Dimensionen. Sie beleuchten Konflikte und Aspekte der Weltgeschichte, die in der Schweiz nicht gut bekannt sind.»

Jacques, Kriminalanalytiker und Afrika-Spezialist

Ein starkes Signal gegen Straflosigkeit

Die Schweiz weigert sich, ein sicherer Hafen für Kriegsverbrecher zu sein, und kämpft aktiv gegen Straflosigkeit. Gegen Sonko hat sie eine Freiheitsstrafe von 20 Jahren verhängt. Sonko ist der bisher höchste Staatsfunktionär, der in Europa, gestützt auf die universelle Gerichtsbarkeit, verurteilt wurde. Dieses historische Urteil erinnert daran, dass kein Status vor internationaler Rechtsprechung schützt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Für den Beschuldigten gilt weiterhin die Unschuldsvermutung.

Weitere völkerstrafrechtliche Ermittlungen sind im Gang. Dank gründlicher Ermittlungen und internationaler Zusammenarbeit wird der Gerechtigkeit Genüge getan und das Bewusstsein gestärkt: Wer Gräueltaten begeht, kann zur Rechenschaft gezogen werden, wo auch immer er oder sie sich befindet.

Augenzeugenberichte von Kriegsoffizieren: ein Webportal



Seit mehreren Jahren sammelt die Schweiz Augenzeugenberichte von Opfern sowie Zeuginnen und Zeugen von Kriegsverbrechen und anderen Verstössen gegen das Völkerstrafrecht. 2022 hat fedpol, zusammen mit der Bundesanwaltschaft und dem Staatssekretariat für Migration (SEM), den zugehörigen Prozess modernisiert, dank einem Webportal [<https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/de/home/kriminalitaet/warcrimes/form-warcrimes.htm>], das sich an Flüchtlinge aus der Ukraine richtet und die Ermittlungen erleichtert.

Seit Oktober 2024 steht das Portal in 13 Sprachen zur Verfügung. Der Prozess ist einfach und effizient: Das SEM verteilt Flüchtlingen und Asylsuchenden Karten mit einem QR-Code, der zur entsprechenden Website führt, wo sie eine erste Aussage machen können. fedpol analysiert diese Informationen und kontaktiert die Personen, um eine detaillierte Aussage aufzunehmen. Diese Aussagen fliessen in Ermittlungsverfahren und internationale Rechtshilfeersuchen ein. Europol filtert und organisiert die Daten im Hinblick auf gezielte Massnahmen.

Heute diese Beweise zu sichern, heisst, morgen Gerechtigkeit zu garantieren. Seit 2022 erhält Europol entscheidende Informationen; der Kampf gegen Straflosigkeit wird gestärkt. Die Schweiz bekräftigt damit ihr Engagement für die internationale Justiz.



Nach dem Anschlag der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 schafft die Schweiz ein Gesetz, das die Hamas in der Schweiz verbietet.

Der Hamas-Code

Der Anschlag der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 ist der Auslöser für ein Gesetz, das die Schweiz verändern wird. Der Bundesrat handelt schnell, stuft die Hamas vier Tage nach dem Anschlag als terroristisch ein. Am 22. Oktober 2023 folgt der Auftrag an fedpol: Ein Gesetz zum Verbot der Hamas schaffen. Im Mai 2025 tritt es voraussichtlich in Kraft.

fedpol steht vor der Aufgabe, ein Gesetz zu entwerfen, das die Hamas in der Schweiz verbietet. Die Frist: drei Monate. Eine anspruchsvolle Aufgabe.

Bereits beim Vorentwurf drängen sich einige Fragen auf: Soll das Verbot die gesamte Hamas oder nur den militärischen Flügel betreffen? Die Hamas ist ein komplexes Netz aus Organisationen, finanziellen Kanälen und Propaganda. Dieses Netzwerk juristisch greifbar zu machen, ist schwierig. Auf welcher rechtlichen Grundlage soll das neue Gesetz stehen? Das Nachrichtendienstgesetz scheidet aus, da eine UNO-Resolution fehlt. Auch Notrecht ist keine Option. Nach intensiven Diskussionen fällt der Entscheid auf ein eigenständiges Gesetz nach dem Vorbild des Al-Qaida/IS-Verbots.

«Hinter jedem Gesetz stehen nicht nur Worte, sondern Entscheidungen, die weitreichende Folgen haben. Ein Gesetz ist ein Bekenntnis, ein Schutzschild, ein Versprechen. Der Kampf gegen den Terrorismus erfordert mehr als nur gute Absichten. Er verlangt Klarheit, Weitblick und Mut.»

Philippe, Jurist

Dieses hat sich bewährt, bietet klare Vorgaben und genügt den Anforderungen. Nach einer Woche steht der Vorentwurf: Die Grundstruktur ist klar, erste Erläuterungen liegen vor. Ein wichtiger Schritt, doch das Gros der Arbeit beginnt erst.

Es folgen interne Konsultationen, Vorkonsultationen, Ämterkonsultationen: Jede Rückmeldung bringt neue Perspektiven und erfordert Anpassungen. Schwarmintelligenz schleift das Gesetz glatt. Der Entwurf wird präziser und klarer. Parallel laufen Übersetzungen, jedes Wort wird sorgfältig geprüft. Dann steht der Entwurf und kann in die Vernehmlassung.

Die ersten Signale sind positiv: Die Parteien sind sich einig, die Kantone fast geschlossen dafür. Kritische Stimmen fragen nach Rechtsstaatlichkeit, Neutralität und der Rolle der Schweiz. fedpol analysiert die Rückmeldungen, passt den Entwurf an und präzisiert die Botschaft – die Erläuterungen zum Gesetzesentwurf.

Bei der Ämterkonsultation für die Botschaft bleiben wesentliche neue Eingaben aus, die Vorarbeit hat sich bewährt. fedpol bringt letzte Details ein, der Entwurf bleibt stabil. Am 4. September verabschiedet der Bundesrat die Botschaft.

Nun prüfen parlamentarische Kommissionen das Gesetz: Warum wird nur die Hamas verboten? Wann genau greift das Gesetz? Was passiert, wenn Personen die Hamas indirekt unterstützen? fedpol liefert Antworten.

Das Parlament berät. Trotz ausgedehnter Diskussion zeigt sich: Das Verbot der Hamas ist politisch breit abgestützt. Das Gesetz wird unverändert angenommen.

Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwand- ter Organisationen ✕

Das neue Bundesgesetz verbietet die Hamas, ihre Tarn- und Nachfolgeorganisationen sowie Gruppierungen, die in ihrem Namen handeln, in der Schweiz. Zusätzlich kann der Bundesrat Organisationen verbieten, wenn sie *in Führung, Zielsetzung oder Mitteln mit der Hamas übereinstimmen*.

Das Hamas-Verbot stärkt die Rechtssicherheit, besonders bei der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung, und erleichtert und beschleunigt präventivpolizeiliche Massnahmen sowie die Beweisführung in Strafverfahren.

Wer das Verbot missachtet, riskiert bis zu 20 Jahre Freiheitsstrafe oder eine Geldstrafe.



Das Abzeichen Tridente, Symbol des Friedens und der Zusammenarbeit.

Bürgenstock: Konferenz mit hohem Einsatz

Über hundert Staatschefinnen und Staatschefs, Ministerinnen und Minister, eine sorgfältige Auswahl an Sicherheitsmassnahmen, eine Prise Kompromiss und eine grosszügige Portion Diplomatie: ein gutes Rezept für eine erfolgreiche hochrangige Konferenz zum Frieden in der Ukraine.

Die Organisation eines internationalen Anlasses wie dem auf dem Bürgenstock: kein leichtes Unterfangen! Eine hochrangige Konferenz ist ein Jonglierakt, und zwar mit sich laufend verändernden Anforderungen und hohen Erwartungen. Ein Einsatz im Zeichen von Anpassungsfähigkeit und Ausdauer für fedpol und seine Partner.

Das Unvorhersehbare vorhersehen

Angesichts des Kontextes war der hohe Druck von Anfang an gesetzt. Hinter den Kulissen herrscht Hochbetrieb, aber alle kennen ihre Rolle. Mittendrin ist Mike*. Er verzichtet auf die geplanten Ferien, genauso wie einige seiner Kolleginnen und Kollegen. Die Personalressourcen sind per se schon knapp, aber bei Polizeikräften, die auf Personenschutz spezialisiert sind, sieht die Lage noch kritischer aus. Eines ist sicher: Um

den Auftrag von fedpol zu erfüllen, benötigt der Kanton Nidwalden Unterstützung von den anderen Kantonspolizeien und der Armee.

Wie viele zu schützende Personen werden erwartet? Es ist zurzeit noch nicht bekannt. Geplant wird trotzdem. Eine Konstante leitet jeden Entscheid: Die Konferenzteilnehmenden sollen zu keiner Zeit spüren, wie komplex die Organisation ist. Ihre Sicherheit und ihr Komfort sind das oberste Gebot.

«Sicherheit ist die Basis für Freiheit und Frieden; ohne sie bleibt es eine Illusion. Auch oder gerade bei einer solchen Konferenz. Schutz und Ordnung bieten die besten Rahmenbedingungen und ermöglichen den Dialog.»

Mike, Kommissär der Abteilung Sicherheit Personen und Objekte

Besonders knifflig sind die An- und Abreisen. Ob auf dem Land- oder Luftweg: Die Slots müssen eingehalten werden – und gleichzeitig flexibel sein, damit Unvorhergesehenes aufgefangen werden kann. Die Schweizer Armee sorgt mit Helikoptern für rasche Verbindungen zwischen den Flughäfen und dem Bürgenstock. Mitten in den Feldern wurde ein temporärer Landeplatz aufgebaut, und das Flugteam setzt alles daran, eine optimale Kadenz aufrechtzuerhalten. Jeder Flug verfügt über seinen eigenen Plan B: Im Schlechtwetterfall wäre ein Transport im Konvoi vorgesehen.

Schlüsselzutat Kommunikation

Organisation geht nicht ohne Kommunikation. Auch am Tag X sind fedpol, der Kanton Nidwalden und die Delegationen im ständigen Dialog. Mike führt vor Ort Regie, sein Telefon klingelt nonstop. Die Einteilung ist bekannt, trotzdem gerät die Postenrotation vorübergehend ins Stocken. Kein Problem, ein Kollege springt ein und hilft eine Weile am Checkpoint bei der Fahrzeugkontrolle aus. Nur Fahrzeuge mit einem spezifischen Badge dürfen passieren.

Die Schweiz im Schaufenster

Über die technischen und logistischen Herausforderungen hinaus ist dieser Anlass aber auch eine Gelegenheit, das Schweizer Know-how im besten Licht zu zeigen. Jedes Detail zählt – von der sorgfältigen Organisation der Konvois bis zu den diskreten, aber effektiven Sicherheitsmassnahmen.

Und was gibt es Schöneres, als wenn eine Schutzperson bei der Ankunft auf dem Bürgenstock erfreut ausruft: «This is Switzerland!» oder innehält, um die Landschaft zu bewundern und ein Erinnerungsfoto zu schiessen.

Dies ist das Rezept. So erfüllt die Schweiz ihre Schutzpflicht und gewährleistet, dass 55 Staatschefinnen und Staatschefs, 32 Ministerinnen und Minister, 5 Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie 8 Delegationen von Organisationen sich voll und ganz auf das Ziel ihres Aufenthalts konzentrieren können.

Weiterer Sicherungseinsatz zugunsten der Ukraine



Am 17. und 18. Oktober 2024 empfängt Lausanne zur Ukraine Mine Action Conference UMAC2024. fedpol nimmt die Bedrohungsanalyse vor und definiert in Zusammenarbeit mit der Waadtländer Kantonspolizei die Sicherheitsmassnahmen. Vor Ort betreuen Kommissärinnen und Kommissäre des Bundessicherheitsdienstes gemeinsam mit den lokalen Behörden die ausländischen Delegationen. Bewaffnete Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten verstärken die Zugangskontrolle. Rund 80 Delegationen

nehmen an der Konferenz teil, darunter der ukrainische Premierminister, Denys Shmyhal, sowie Bundespräsidentin Viola Amherd und Bundesrat Ignazio Cassis.

* Name geändert



Ankunft der Vizepräsidentin der USA, Kamala Harris – ein Konvoi unter höchster Sicherheit.



Zugang verboten: die Aussenterrasse des Bürgerstock unter dem wachsamem Blick zweier Freiburger Polizisten.



Ablösung am Checkpoint.



Auf eure Plätze, fertig, welcome! Das Defilee der offiziellen Gäste beginnt.

Informationsaustausch: entscheidend für die Arbeit der Polizei [<https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/informationsaustausch-entscheidend-fuer-die-arbeit-der-polizei/>]

Drohungsmeldungen nehmen zu [<https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/drohungsmeldungen-nehmen-zu/>]



Treffen im tunesischen Innenministerium: Bundesrat Beat Jans und der damalige Innenminister Kamel Feki.

Ein Einsatz, eine Kultur

Wenn Bundesrat Beat Jans nach Tunesien reist, ist fedpol an seiner Seite. Mitarbeitende von fedpol stellen diskret den Nahschutz des Vorstehers des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) sicher und koordinieren die notwendigen Massnahmen mit den lokalen Behörden. Politik und Sicherheit Hand in Hand.

Am 23. Mai 2024 reist eine Delegation des EJPD zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch nach Tunesien. Nach wochenlangen intensiven Vorbereitungen werden die Sicherheitsmassnahmen nun konkret. Eine Mission, die Präzision, Flexibilität und Koordination vereint. Der Polizeiattaché von fedpol vor Ort erleichtert diese Phase ungemein. Ein echter Vorteil: Er kennt das Land und weiss, wie es funktioniert und vor allem ist er gut vernetzt. Diese Beziehungen sind entscheidend, um durch die Realität vor Ort zu navigieren und die Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu legen. Das Ziel ist nichts Geringeres, als den reibungslosen Verlauf eines Besuchs in einer komplexen und kaum vertrauten Umgebung sicherzustellen.

Vorbereitungsphase

Wie vor jedem Einsatz wird eine Risikoeinschätzung vorgenommen. In diesem Fall trägt auch der Polizeiattaché dazu bei: Stichworte geopolitische Situation, Kriminalität, Terrorismus, Demonstrationen. Was könnte eine Person veranlassen, einen Schweizer

Minister anzugreifen? Alles wird genauestens unter die Lupe genommen und bis ins letzte Detail sorgfältig vorbereitet. Während der Rekognoszierung wird jeder Ort besucht. Ist der Departementsvorsteher bei einem Spaziergang durch die Medina zu stark exponiert? Kann er sich problemlos an einen Ort am Meer begeben, einige Kilometer von der tunesischen Hauptstadt entfernt? Die Sicherheitsmassnahmen werden auf jede Etappe des Programms einzeln abgestimmt. Von den Kommunikationsmitteln bis zur logistischen Koordination wird nichts dem Zufall überlassen.

Operative Phase

Los geht's! Und zwar ab dem Moment der Landung am Flughafen: Empfang, Konvoi, Eskorte. Besuch um Besuch. Das Nahschutzteam und der Polizeiattaché sind stets mit dabei. Das Gastland schlägt einen improvisierten Besuch vor – nichts, was die Mitarbeitenden von fedpol aus dem Konzept bringt. Die üblichen Orte, an denen ausländische Persönlichkeiten empfangen werden, hat fedpol auf dem Radar. Jede Etappe wird antizipiert, jedes Detail geschliffen. Der Verkehr in Tunis ist unberechenbar und dicht, doch die fedpol-Mitarbeitenden fügen sich geschickt ins allgemeine Gewusel ein. Sie beherrschen die hohe Kunst des Ausweichens.

Das Programm nimmt seinen Lauf. Zwischen der Medina, dem Souk und der Moschee ist der Bundesrat öffentlich exponiert. Die tunesische Militärpolizei stellt offizielle Fahrzeuge bereit und die *Direction Générale de la Sûreté Nationale* setzt, unter gesteigerter Wachsamkeit, die vereinbarten Sicherheitsmassnahmen um.

Jede Entscheidung widerspiegelt eine minutiöse Abwägung der auf dem Spiel stehenden Interessen: Sicherheitsbedürfnisse, Erwartungen des Bundesrats und seiner Delegation sowie Forderungen der lokalen Behörden. Die gleiche Sprache zu sprechen, hilft, diese komplexe Gleichung zu lösen. Die Schutzmission erweist sich als Erfolg. Zu verdanken ist er einer Kombination aus Flexibilität, Kompetenz und Koordination zwischen allen beteiligten Parteien. Eine lehrreiche Erfahrung, die zeigt: In einer herausfordernden Umgebung ist Teamwork Gold wert.

«Als Personenschützer zählt nicht nur Wachsamkeit, sondern auch Respekt und Vertrauen. In Tunesien war genau das der Schlüssel. Interkulturell handeln, zusammenhalten: Mission erfüllt.»

Levi*, Kommissär der Abteilung Sicherheit Personen und Objekte

* Name geändert



Treffen und Austausch in der Botschaft in Tunis.



Unterwegs in den Gassen der Medina.



Kulturelles Rahmenprogramm in der Zitouna-Moschee.



Besuch des Ausbildungszentrums für Elektrotechnik und biomedizinische
Wartung.

[Drohungsmeldungen nehmen zu \[https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/drohungsmeldungen-nehmen-zu/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/drohungsmeldungen-nehmen-zu/)



Aussicht vom Schweizerischen Konsulat in Rio de Janeiro: Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider mit dem Generalkonsul und dem Botschafter.

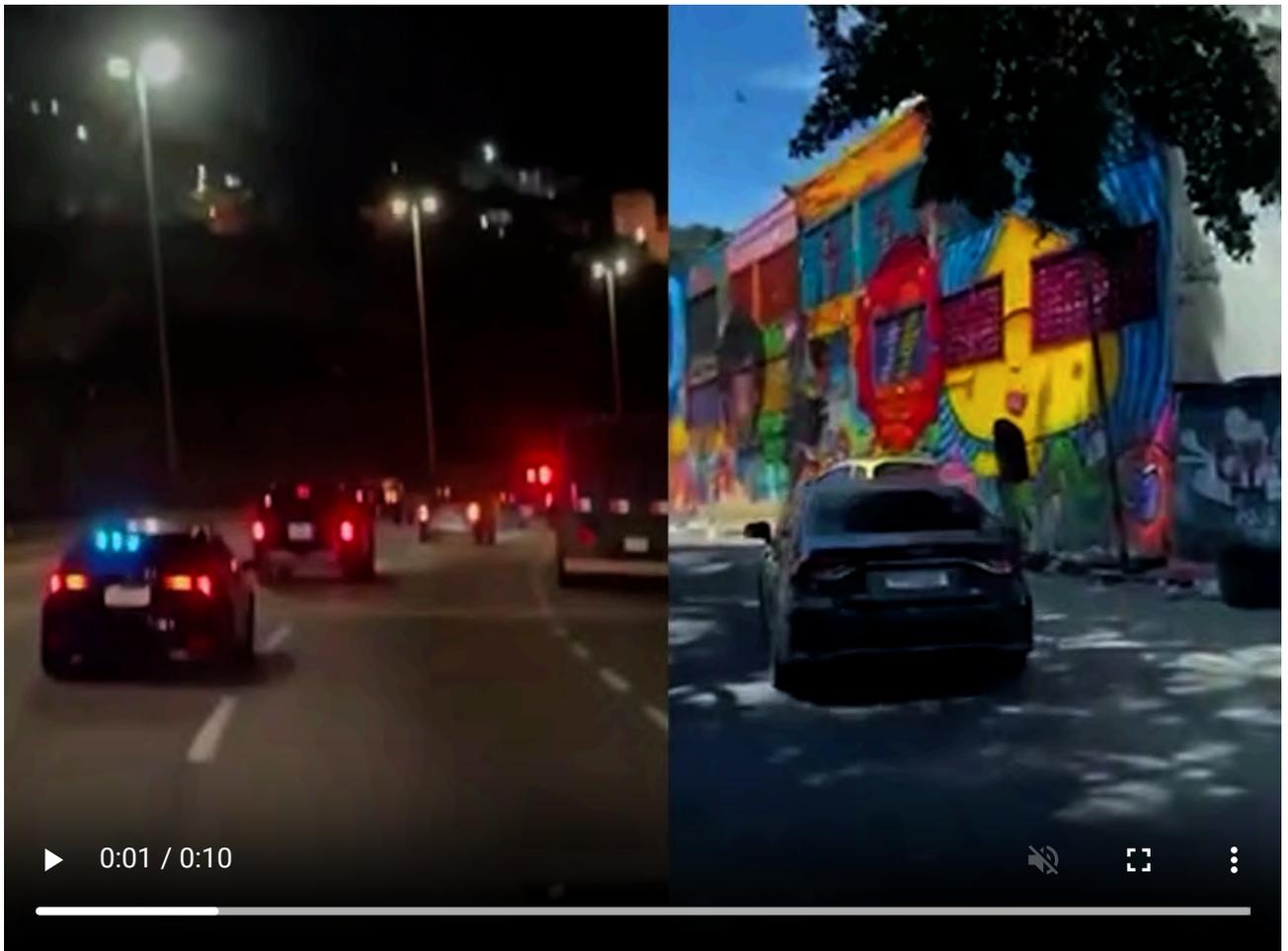
Einsatz mit Lokalkolorit

Am 31. Oktober 2024 nimmt Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider in Rio de Janeiro am Treffen der G20-Gesundheitsministerinnen und -Gesundheitsminister teil. Den Aufenthalt in Brasilien wird sie zugleich für einen Arbeitsbesuch nutzen. fedpol sorgt dafür, dass der Besuch sicher vonstattengeht – eine herausfordernde Mission.

Das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements des Innern kündigt fedpol die bevorstehende Reise nach Brasilien an. Im zuständigen Kommissariat wird der Fall Len* zugeteilt. Dessen erster Reflex: mit dem Polizeiattaché in Brasilia, Florian*, Kontakt aufnehmen. Gemeinsam bereiten sie die Sicherheitsaspekte vor.

Planen, genehmigen, ausführen

Florian nutzt seine Kontakte von Brasilia bis Rio de Janeiro. Er spricht brasilianisches Portugiesisch und weiss genau, wo anzuklopfen ist, um die administrativen Schritte in die Wege zu leiten. Ein aufwändiger, aber unumgänglicher Teil der Vorbereitungen. Ohne die Genehmigungen der brasilianischen Bundespolizei und die lokalen Partner geht es nicht. Die Präsenz des Polizeiattaché vor Ort vereinfacht und beschleunigt den Austausch erheblich.



Konvoi in den Strassen von Rio de Janeiro.

Brasilien, ein Land mit vielen Facetten

Florian trägt mit Informationen aus erster Hand zur Lageanalyse bei. Für die Routenplanung muss auch die Kriminalität in Betracht gezogen werden. Die Favelas sind rechtsfreie Zonen. Die Polizei meidet sie oder setzt nur noch für Razzien, auf eigene Verantwortung und Gefahr, Fuss hinein. Schusswechsel zwischen rivalisierenden Gangs sind an der Tagesordnung. Klar eine No-go-Zone: Sich einer solchen Gefahr auszusetzen, steht ausser Frage. Das Problem ist nur, dass die Autobahn vom Flughafen ins Stadtzentrum mitten durch die Favelas führt. Die brasilianischen Behörden sind sich des Problems bewusst; sie treffen die geeigneten Massnahmen gemäss den Empfehlungen des Schweizer Personenschutzteams und stellen das benötigte Material bereit. Allerdings stellt auch die Lage der Stadt – eingekesselt zwischen Bergen und Küste, ohne Fluchtweg – Len Nerven auf eine harte Probe.

Während die Diskussionen an der G20-Konferenz auf Hochtouren laufen, kommt es vor dem Gebäude zu einer spontanen Demonstration. Glücklicherweise verläuft sie friedlich. Die Protestierenden wollen sich Gehör verschaffen. Um die Sicherheit zu garantieren, gilt es sie im Blick zu behalten, damit verhältnismässig reagiert werden kann. Len ist beruhigt – keine Gefahr für die Schweizer Delegation. Dank Synergien und einem fortwährenden Austausch zwischen den im Einsatz stehenden Teams wird jede Herausforderung zur Chance.

Erfahrung im Dienste der Sicherheit

Bei diesem Einsatz können praktische Erfahrungen aus früheren Besuchen übernommen und bereits etablierte Kommunikationskanäle gefestigt werden. Nationalrat Martin Candinas reiste im Mai 2023 während seines Präsidialjahres nach Brasilien; kurz darauf, im Juli, tat es ihm Bundesrat Guy Parmelin gleich. Im Februar 2024 war Bundesrätin Karin Keller-Sutter an der Reihe. Als Vermittler in Kultur-, Polizei- und Justizfragen hält Florian

den Kontakt mit den beteiligten Akteuren aufrecht, wenn nötig auch direkt vor Ort. Mit Fingerspitzengefühl löst er jede noch so komplexe Situation.

Neben dem Schutzdispositiv sind Vorbereitung, Antizipation und Vertrauen der Schlüssel zum Erfolg. Ein reibungsloser, sicherer Besuch ist nicht nur eine Schutzfrage, sondern auch ein Hebel zur Förderung der Zusammenarbeit und des Dialogs.

«In meinem Beruf macht oft das kleinste Detail den Unterschied. In einer Stadt wie Rio de Janeiro ist genau das der entscheidende Punkt zwischen Sicherheit und Risiko.»

Len, Kommissär der Abteilung Sicherheit Personen und Objekte

* Name geändert



Unterwegs zum Flughafen – zwischen zwei Favelas.



Der einzige Weg führt durch die Favela in Rio de Janeiro.



Vernissage im Museum für Astronomie und verwandte Wissenschaften – eine Reise mitten ins schweizerisch-brasilianische Erbe in Amazonien.



Demonstration für die «Grundrechte der Brasilianerinnen und Brasilianer auf Gesundheit».

[Drohungsmeldungen nehmen zu \[https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/drohungsmeldungen-nehmen-zu/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/drohungsmeldungen-nehmen-zu/)

fedpol24



Eröffnungsabend im *Maison Suisse* in Paris – die Teams sind bereit.

Schweizer Haus, sicheres Haus

Während der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 in Paris rückt Präsenz Schweiz die helvetische Vielfalt mit dem *Maison Suisse* ins beste Licht. Das ehrgeizige Vorhaben bedingt, dass auch die Sicherheit dem Ort und den Erwartungen gerecht wird. fedpol stellt sich der Herausforderung.

Am Anfang steht eine kühne Idee von Präsenz Schweiz: Warum nicht das *Maison Suisse* während der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 im Herzen der Schweizerischen Botschaft in Paris errichten? Gesagt, getan. Sorgfalt und Ausdauer sind gefragt. Um zur Sicherheit der Spiele beizutragen, entsendet fedpol Verbindungsbeamte nach Paris. Patrick* und Nils* haben während dieses Sondereinsatzes zwei Hüte auf: die olympische internationale Zusammenarbeit sicherstellen und den Schutz von Personen und Gebäuden in Bundeszuständigkeit gewährleisten.

Die Liaison Officers, ein wichtiges Rad im Getriebe der olympischen Sicherheit



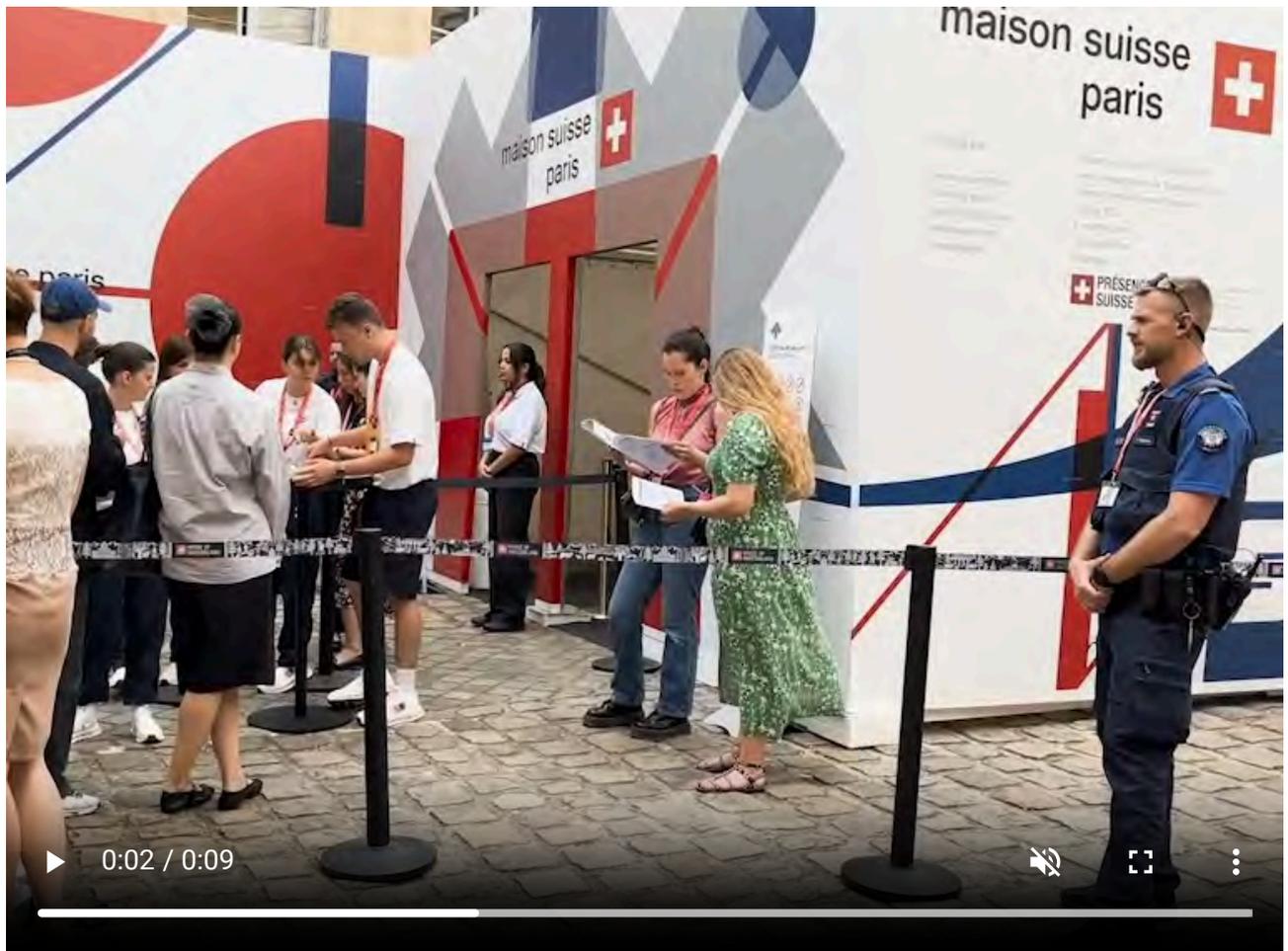
Während der Olympischen und Paralympischen Spiele erhält jedes teilnehmende Land zwei Akkreditierungen für Verbindungsbeamte oder *Olympic Security Liaison*

Officers (OSLO). Die beiden Schweizer OSLO unterstützen und beraten die Schweizer Vertretung im Gastland und den Missionschef von Swiss Olympic in Sicherheitsfragen. Sie bewältigen polizeiliche Krisenlagen und setzen in Koordination mit den beteiligten lokalen und internationalen Behörden die Sicherheitsdispositive um. Der Lage entsprechend entwickeln sie massgeschneiderte Strategien, nehmen an den Briefings im *International Cooperation Center* teil und sorgen für die sichere Durchführung sämtlicher Anlässe – vom Empfang hochrangiger Persönlichkeiten bis zu den Medaillenfeiern für die Athletinnen und Athleten.

Gebäudeschutz

Nils ist für den Gebäudeschutz zuständig. Er nimmt an allen Sitzungen mit Präsenz Schweiz und der Botschaft teil, denn die Ideen, die dort entstehen, haben einen Einfluss auf die Sicherheitsmassnahmen. So zum Beispiel der Standort des *Maison Suisse* selbst, das im Garten der Botschaft aufgebaut werden soll. Allerdings führt der einzige Weg in den Garten durch die Residenz des Botschafters. Nils findet eine elegante Lösung: Er lässt einen *Time-Tunnel* einrichten, der einen direkten Zugang zum Garten schafft und gleichzeitig den Schutz der Residenz sicherstellt. Das *Maison Suisse* steht. Nun kontrollieren die französischen Behörden, dass alles den Sicherheitsnormen des Landes entspricht: Die Notausgänge, das Brandschutzsystem und weitere Aspekte werden unter die Lupe genommen. Alles ist in bester Ordnung.

Bei ihrer ersten internationalen Mission sind die bewaffneten Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten von fedpol, in enger Zusammenarbeit mit einem privaten Sicherheitsunternehmen, für die Besucherkontrolle verantwortlich. Sie stellen verbotene Gegenstände sicher – darunter überraschende wie ein Fonduechaud. Bei verdächtigem Verhalten und Risikosituationen intervenieren sie geistesgegenwärtig und professionell. Ihre Präsenz trägt auch zu einer effizienten Steuerung der Besucherströme bei, was die Sicherheit und einen reibungslosen Betrieb garantiert.



Offizieller Eröffnungsabend des Maison Suisse.

Die Öffentlichkeit empfangen und gleichzeitig den Anforderungen der Terrorismusabwehr gerecht werden, ist eine echte Gratwanderung. Im Maison Suisse ist davon kaum etwas zu spüren. Eine Botschaftsmitarbeiterin hat Nils anvertraut, dass sie sich während der Spiele in Paris in der Botschaft jederzeit sicher fühlte.

Spiele im Zeichen der Zusammenarbeit

Das französische Ministerium des Inneren und für Überseegebiete hat die teilnehmenden Länder um Unterstützung durch Polizeikräfte angefragt, und die Schweiz steht bereit! In enger Zusammenarbeit mit den Kantonspolizeien Zürich, Genf, Neuenburg, Freiburg, Waadt, Bern und Zug hat fedpol ein Team von 17 Polizistinnen und Polizisten zusammengestellt. Unter der Leitung der französischen Behörden ist die Delegation in Paris und Lyon stationiert. Darüber hinaus hat fedpol eine Einsatzorganisation einberufen, die sieben Tage die Woche, rund um die Uhr, einsatzbereit ist, um jegliche Ausnahmesituation in Absprache mit den Partnern erfolgreich zu bewältigen.

Personenschutz

Während Nils in der Botschaft wirkt, ist Patrick mit den lokalen Behörden in Kontakt, um die Ankunft von Bundespräsidentin Viola Amherd, Bundesrat Ignazio Cassis, Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sowie Nationalratspräsident Eric Nussbaumer

vorzubereiten. Die Koordination erfordert Geduld und Anpassungsfähigkeit. Welche Fahrzeuge werden zur Verfügung gestellt? Wie viele französische Polizeiangehörige begleiten die Schweizer Gäste? Nils muss auch am täglichen Briefing zur Gesamtsicherheit teilnehmen. Glücklicherweise kann er auf die Unterstützung von André zählen, dem Attaché des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit. Dank seinem Netzwerk vor Ort unterstützt André die Schweizer Liaison Officers, von der Vorbereitung über die Ereignisbewältigung bis hin zum Sicherheitsdispositiv.

«Als OSLO trifft Sicherheit auf Sport – ein Balanceakt, der Flexibilität, Diplomatie und starke Nerven erfordert. Lange Tage, wenig Freizeit, doch immer mitten im Geschehen, wenn die Welt zusammenkommt.»

Nils, Sicherheitsfachberater, und Patrick, Kommissär Sicherheit Personen und Objekte

* Name geändert



Empfang der Besucherinnen und Besucher am Checkpoint beim Eingang.



Durch den *Time-Tunnel* von der Residenz des Botschafters in den Garten – Intermezzo zwischen Frankreich und der Schweiz.



Treffen und Kennenlernen zwischen dem Personal von fedpol und dem Team des Maison Suisse.

[Drohungsmeldungen nehmen zu \[https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/drohungsmeldungen-nehmen-zu/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/drohungsmeldungen-nehmen-zu/)



Die elektronische Signatur der auf dem Dokumentenchip gespeicherten Daten ist ein zentrales Element zur Erkennung von Fälschungen (Symbolbild).

Eine unsichtbare Verteidigung gegen Dokumentenbetrug

Tag für Tag überqueren Tausende von Personen die Schweizer Grenze mit dem Ausweis in der Hand. Die Echtheit dieser Identitätsdokumente garantiert neben Hologrammen und Reliefdrucken auch ein unsichtbarer, aber essenzieller Schutz: die elektronische Signatur der im Dokumentenchip enthaltenen Daten. Sie ist der Schlüssel, damit Behörden Dokumentenbetrug erkennen können.

Am Flughafen Zürich scannt ein Passagier seinen biometrischen Pass am E-Gate. Am Grenzposten in Bardonnex kontrolliert eine Zöllnerin ein verdächtiges Fahrzeug und prüft rasch eine ausländische biometrische Identitätskarte. Kurze Momente, in denen sich eine zentrale Frage stellt: Ist das Dokument echt?

Häufig stellt man sich die Kontrolle anhand sichtbarer Elemente vor, wie optisch variabler Tinte oder von Hand ertastbarer Reliefmotive. Ein entscheidendes Element zur Erkennung von Fälschungen bleibt dem blossen Auge jedoch verborgen: die elektronische Signatur der Daten, die auf dem Chip des Identitätsdokuments gespeichert sind. Eine Veränderung, sei sie noch so minim, macht Fälschungen erkennbar. Dieser Sicherheitsmechanismus wirkt als starker Schutzwall gegen Dokumentenfälschungen.

«Die elektronische Signatur von Daten über die eDoc PKI erhöht die Sicherheit der Schweizer Reisedokumente massiv. Seit sie im biometrischen Pass integriert ist, wurde sie noch nie gefälscht oder umgangen. Die PKI ist daher eine tragende Säule des Identifikationssystems.»

Michael, Mitarbeiter eDoc PKI

eDoc PKI: Hinter den Kulissen der Dokumentenprüfung

Wie aber funktioniert die elektronische Signatur? In der Schweiz wird diese von fedpol über die eDoc PKI generiert. Die Abkürzung steht für *electronic Document Public Key Infrastructure* (Infrastruktur für öffentliche Schlüssel für elektronische Dokumente). Dank dieser elektronischen Signatur kann die Echtheit der Dokumente garantiert werden. So ist das Personal des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) etwa in der Lage zu erkennen, dass das Dokument echt ist, von einer amtlichen Behörde ausgestellt wurde und die Daten auf dem Chip nicht verändert wurden.

Die Fingerabdrücke, anhand derer jemand eindeutig identifiziert werden kann, sind dank einer Zugangsmethode über die eDoc PKI besonders geschützt. Die auf dem Chip des Reisepasses abgespeicherten Fingerabdrücke können nicht von allen Ländern gelesen werden. Möglich ist dies nur, wenn das entsprechende Land und die Schweiz gegenseitig spezifische Zertifikate ausgetauscht haben. Die Fingerabdrücke werden nicht systematisch verifiziert. Sie sind jedoch eine zweite Kontrollstufe, damit die Behörden in Zweifelsfällen die Identität einer Person mit grösserer Sicherheit bestätigen können.

Digitale Sicherheit: eDoc-PKI-Infrastruktur 2024 verstärkt

Das eDoc-PKI-System der Schweiz besteht seit fast 15 Jahren und hat sich längst bewährt. Die Zahl der Dokumente, für die es Zugang zu PKI-Services braucht, nimmt jedoch stetig zu. Um den heutigen Bedürfnissen gerecht zu werden, hat fedpol neue Hochsicherheitsmodule (High Security Modules, HSM) beschafft, die den aktuellen Standards und dem Stand der Technik entsprechen. Zudem hat fedpol eine neue Software entwickelt, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Der Übergang auf dieses neue System soll 2025 abgeschlossen werden und das System voraussichtlich während der nächsten 12 bis 15 Jahre in Betrieb bleiben.

Quantenmathematik und Quantencomputer: eine Herausforderung für die Kryptografie ✕

Angesichts der Fortschritte in der Quantenmathematik braucht es immer leistungsstärkere Rechenmaschinen, um ein hohes Verschlüsselungsniveau zu garantieren und jegliche Fälschung von elektronischen Signaturen zu verhindern. Die heutige Kryptografie muss sich kontinuierlich weiterentwickeln, um unangreifbar zu bleiben. Das Aufkommen von Quantencomputern stellt eine enorme Herausforderung dar. Diese Maschinen sind deutlich leistungsfähiger als klassische Computer und könnten die für die elektronische Signatur verwendeten Schlüssel theoretisch knacken. Um dieser Bedrohung zuvorzukommen, ist es entscheidend, sich den neuen, robusteren Algorithmen anzupassen. Die zuständigen internationalen wie auch schweizerischen Behörden verfolgen die Entwicklungen eng. Die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) aktualisiert ihre Richtlinien, um die Kryptografie zu verbessern und digitale Schlüssel sicherer zu machen.



Mit den Einnahmen aus dem Betäubungsmittelhandel finanziert sich Driton wie viele andere die Flucht ins Luxusparadies.

Flucht ins Luxusparadies

Die Schweiz ist ein attraktives Ziel für organisierte Kriminalität, unter anderem für mafiöse Gruppierungen aus Südosteuropa. Die albanische Mafia schmuggelt Drogen und spannt dafür mit anderen Gruppierungen zusammen. Auf den Spuren von Driton* und Luca*, von Solothurn über Belgien, Spanien, Albanien, Italien nach Dubai.

Die Kriminalanalyse von fedpol zeigt, dass besonders die albanische Mafia eine zentrale Rolle im illegalen Betäubungsmittelhandel und -schmuggel in der Schweiz einnimmt. Sie vertreibt Kokain und Heroin. Allein? Ganz im Gegenteil: Südosteuropäische Tätergruppierungen suchen sich oft Verbündete. Das beste Beispiel dafür: Driton und Luca.

Driton und Luca wohnen im Kanton Solothurn und sind Teil eines kleinen Drogenhandelsrings, der Heroin und Kokain in die Schweiz importiert und lokal verkauft. Das bleibt nicht unbemerkt: 2021 führten Ermittlungen der Kantonspolizei Solothurn, unter der Leitung der Staatsanwaltschaft Solothurn, zur Zerschlagung der Gruppe. 15 Kilogramm Drogen wurden sichergestellt. Doch die beiden Täter entwischen. fedpol unterstützt die Kantonspolizei bei der Zielfahndung und folgt den Spuren, die ins Ausland führen – nach Belgien und Spanien. Das ist kein Zufall: Die Täter haben vermutlich Kontakte in diesen beiden Ländern, die wichtige Einfallstore für Drogen aus Südamerika

sind. Driton und Luca gelingt von Spanien aus die Flucht nach Albanien, Dritons Heimatland.

Nun arbeiten alle zusammen: die Zielfahnder von fedpol, der fedpol-Polizeiattaché im Kosovo sowie die albanischen Behörden vor Ort. Driton und Luca werden festgenommen. Luca wird aufgrund des hängigen Strafverfahrens der Solothurner Staatsanwaltschaft in die Schweiz ausgeliefert. In der Schweiz wird Luca für seine Straftaten verurteilt. Seine Geschichte endet hier. Driton hingegen bleibt ungestraft in Albanien zurück und ist nach wenigen Tagen wieder auf freiem Fuss.

Während die Schweizer Justiz weiterhin versucht, Driton zur Rechenschaft zu ziehen, ist dieser bereits zurück im Geschäft. Innerhalb von zwei Jahren ist er zum Mittelsmann aufgestiegen. Er ist neu verantwortlich für die Direktimporte aus Südamerika nach Westeuropa, in weitaus grösseren Mengen als damals in Solothurn. Driton organisiert den Transport von mehreren Hundert Kilogramm Kokain. Um die logistischen Routen für den Import zu organisieren, reist er in den Schengen-Raum, mit mindestens einer Falschidentität.

Interoperabilität im Schengen-Raum



Heute können die Schweizer Polizei-, Grenzkontroll- und Migrationsbehörden auf die Informationssysteme der Europäischen Union zugreifen, wie zum Beispiel auf das Schengener Informationssystem (SIS) und das Visa-Informationssystem (VIS). Jedes dieser Informationssysteme muss separat abgefragt werden. Ab 2027 reicht eine einzige Abfrage über das Europäische Suchportal (ESP). Nicht nur das: Mit dem ESP wird ein Detektor für Mehrfachidentitäten zur Verfügung stehen. Das ESP zeigt Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Informationssystemen auf und ermöglicht so das Aufdecken falscher oder mehrerer Identitäten.

Die albanische Polizei ist Driton erneut auf den Fersen: Als sie zugreift, ist er jedoch nicht auffindbar. Dank der biometrischen Identifikation und der Unterstützung des Polizeiattachés von fedpol wird festgestellt, dass er sich kosovarische Reisedokumente beschafft hat: Sie enthalten seine echten biometrischen Daten, aber den Namen einer anderen Person. Mit dieser neuen Identität gelingt ihm die Ausreise aus Europa.

Seine Zieldestination? Dubai. Driton bleibt nicht lange in seinem selbstgewählten Exil. Dank der Zusammenarbeit zwischen fedpol, der Staatsanwaltschaft Solothurn, den albanischen Behörden und den Verbindungsbeamten eines Partnerstaates wird Driton Anfang 2025 verhaftet. Die Auslieferung ist nur noch eine Frage der Zeit ...

«Gartenzaun-Denken hat keinen Platz in der Polizeiarbeit. Direkte Kontakte vor Ort sind Gold wert und nicht ersetzbar. Das Netz der Polizeiattachés, das vor 30 Jahren ins Leben gerufen wurde, beweist dies immer wieder.»

Bertram, Polizeiattaché

Informationsaustausch: entscheidend für die Arbeit der Polizei [<https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/informationsaustausch-entscheidend-fuer-die-arbeit-der-polizei/>]



Ermittlungserfolg: Medien berichten über die Festnahme von vier Männern, die Migranten entführt und deren Angehörige erpresst haben.

Doppelt ausgebeutet

Eine Entführung in Bosnien und Herzegowina – eine Erpressung in der Schweiz. Auf der Migrationsroute zählen Menschenleben wenig, aber sie lassen sich zu Geld machen. Wie enge Zusammenarbeit der Polizei Landesgrenzen, Sprachbarrieren und Zeitdruck überwinden lässt.

Bern, 17. Januar 2024, 5.24 Uhr

Das Pikett-Telefon des Kommissariats Sonderlagen klingelt. Am anderen Ende: die Kantonspolizei Bern. Sie berichtet, dass ein Mann im Kanton Bern erpresst wird, nennen wir ihn Ariyan*. Sein Bruder wurde in Bosnien und Herzegowina entführt. Die Täter rufen Ariyan nun immer wieder an und er hört, wie sein Bruder misshandelt wird.

Die Kantonspolizei Bern nimmt intensive Ermittlungen auf und bittet fedpol um Unterstützung bei diesem internationalen Fall. Ariyans Bruder und zwei weitere Männer sind unterwegs auf der Migrationsroute vom Iran zu unterschiedlichen Zielen in Europa, als ihre Reise in Bosnien und Herzegowina abrupt unterbrochen wird. Schlepper entführen sie und halten sie fest. Die Forderung für die Freilassung: pro Geisel zu Beginn 10'000 Euro, später steigt die Summe. Die Opfer stammen aus dem Iran, die Täter aus Afghanistan. Oft ist es auch umgekehrt. Die Täter sind äusserst gewaltbereit. Treiben die Angehörigen das geforderte Geld nicht auf, töten sie die Geiseln oder verkaufen sie als Sklaven.

Bei den drei Familien im Iran und in der Schweiz herrscht Panik. Rasche und enge Zusammenarbeit der Polizei ist jetzt entscheidend. Ein fedpol-Spezialist fährt umgehend zur Kantonspolizei Bern, die den Einsatz leitet. Im Hintergrund unterstützen ihn seine Kolleginnen und Kollegen vom fedpol-Standort aus. Die Kantonspolizei steht mit Ariyan in Kontakt und begleitet ihn bei den Gesprächen mit den Erpressern. Gleichzeitig baut fedpol über das European Network of Advisory Teams (EuNAT; siehe Box) die Verbindung zur State Investigation and Protection Agency (SIPA) in Bosnien und Herzegowina auf. Das beschleunigt die Ermittlungen vor Ort. Trotzdem: Sie finden die Geiseln nicht. Die Frist, die die Entführer für die Überweisung des Lösegelds gesetzt haben, naht. Alle drei Familien beschliessen zu zahlen.

European Network of Advisory Teams (EuNAT)

EuNAT ist ein europäisches Netzwerk von polizeilichen Berater- und Verhandlungsgruppen. Im Rahmen der rechtlichen Grundlagen der jeweiligen Länder bildet es eine Plattform für den Austausch bewährter Praktiken in ganz Europa. Das Netzwerk ermöglicht zudem eine unmittelbare internationale Zusammenarbeit und rasche Unterstützung im Falle von Entführungen, Geiselnahmen und Erpressung, insbesondere wenn Menschenleben auf dem Spiel stehen.

Sarajevo, 17. Januar 2024, um 16 Uhr

Rund 12 Stunden nachdem fedpol involviert wurde, werden Ariyans Bruder und seine beiden Reisegefährten freigelassen. Die bosnischen Einsatzkräfte finden sie in der Nähe eines Lagerhauses im Industriegebiet, wo sie festgehalten wurden. Sie bringen die erschöpften, teilweise schwer verletzten Männer ins Spital.

Mit der Freilassung der Geiseln ist die kritische Phase vorbei. Bei den polizeilichen Spezialistinnen und Spezialisten geht die Arbeit jedoch weiter: In der Schweiz führen sie die Ermittlungen zur Erpressung fort. In Bosnien und Herzegowina können sie vier afghanische Staatsangehörige verhaften, einer davon hat in der Woche zuvor bereits einen Mord begangen. Sie gehören einer kriminellen Gruppierung an, die auf Menschenschmuggel spezialisiert ist. Nach diesem ersten Erfolg fokussieren sie nun auf das Netzwerk dahinter. Die Berner Strafverfolgungsbehörden unterstützen sie dabei.

Migrantinnen und Migranten sind ihren Schleppern ausgeliefert und werden manchmal doppelt ausgebeutet. Sie zahlen hohe Summen für die Schleusung – ein lukratives Geschäft. Bei einer Entführung werden zusätzlich ihre Angehörigen erpresst. Das Zahlen von Lösegeld ist oftmals der einzige Weg, um die Geiseln zu befreien. Viele Angehörige, insbesondere von irregulären Migrantinnen und Migranten, trauen sich nicht, die Polizei zu kontaktieren. Die Dunkelziffer der Opfer ist hoch.

«Mit der Entführung von Migrantinnen und Migranten lässt sich zusätzliches Geld generieren. Es fließt in die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.»

Pia, Fachreferentin Kommissariat Sonderlagen

* Name geändert

Informationsaustausch: entscheidend für die Arbeit der Polizei [<https://fedpol.report/de/report-2024/zahlen-2024/informationsaustausch-entscheidend-fuer-die-arbeit-der-poliz>]

1073

Durchschnittliche Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2024

fedpol in Zahlen

1073 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich 2024 für die Sicherheit der Schweiz ein.

Personal		
Frauen		34,8 %
Männer		65,2 %

Sprachen		
Deutsch		73,4 %
Französisch		20,3 %
Italienisch		5,9 %
Rätoromanisch		0,4 %

In Ausbildung		
Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten aus Wirtschaftsmittel- und Handelsschulen		30
Hochschulpraktikantinnen und Hochschulpraktikanten		29

Finanzieller Eigenaufwand	Mio. CHF	in %
Personalaufwand	177	62
Informatikaufwand	62	22
Sonstiger Aufwand*	47	16
Summe	286	100

* Darin sind enthalten: Investitionen ohne IKT (2 Mio.), Abschreibungen (7 Mio.), Liegenschaftskosten und Miete (26 Mio.) sowie Betrieb der Polizei- und Zollkooperationszentren, Ausrüstung, Transporte, Bürobedarf, Dienstleistungen und Spesen (12 Mio.).

451418

Bearbeitete Meldungen durch die Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ)

Informationsaustausch: entscheidend für die Arbeit der Polizei

fedpol sorgt für die nationale und internationale Polizeikooperation und den Informationsaustausch. Zuverlässige und sichere Informationssysteme sind die Voraussetzung dafür – und sorgen für ein komplettes Lagebild.

Kriminalität kennt keine Grenzen. Für die Kriminalitätsbekämpfung ist der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen nationalen und internationalen Behörden deshalb entscheidend.

Die DNA-Profil-Datenbank (CODIS), die Fingerabdruck-Datenbank (AFIS), das nationale automatisierte Polizeifahndungssystem (RIPOL) und das Schengener Informationssystem (SIS) sind unverzichtbare Instrumente der Kriminalitätsbekämpfung für alle Schweizer Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden sowie für die Migrations- und Grenzschutzbehörden. Die Anzahl der eingehenden Meldungen steigt im Jahr 2024, wie bereits in den Vorjahren, nochmals auf insgesamt 451 418 an.

Nationale und internationale Polizeiunterstützung	2020	2021	2022	2023	2024
Meldungseingänge Einsatz- und Alarmzentrale fedpol/SIRENE/Europol/INTERPOL	339 715	381 487	394 266	423 115	451 418
Meldungseingänge CCPD und Polizeiattachés*	27 463	29 945	33 734	35 519	38 109
Bearbeitete Europol-Meldungen	22 097	26 162	27 208	30 194	35 031
Meldungseingänge INTERPOL	157 529	186 502	161 925	167 254	310 589**
Meldungsausgänge INTERPOL	180 378	183 743	196 600	196 527	219 850

* CCPD: Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Genf und Chiasso [<https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/de/home/polizei-zusammenarbeit/international/polizeikooperationsabkommen.html>]. Weitere Informationen zu den **Polizeiattachés (admin.ch)** [[https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/de/home/polizei-zusammenarbeit/international/polizeiattachés.html#:~:text=fedpol%20stationiert%20Polizeiattach%C3%A9s%20in%20Brasilien,und%20bei%20EUROPEL%20\(Niederlande\),](https://www.fedpol.admin.ch/fedpol/de/home/polizei-zusammenarbeit/international/polizeiattachés.html#:~:text=fedpol%20stationiert%20Polizeiattach%C3%A9s%20in%20Brasilien,und%20bei%20EUROPEL%20(Niederlande),)] auf unserer Website.

** Grund für die Zunahme des Meldevolumens bei den Meldungseingängen ist unter anderem, dass INTERPOL (Quelle der Zahlen) seit 2024 neu auch eingehende multinationale Meldungen – und nicht nur bilaterale Meldungen wie bis anhin – in der Statistik erfasst.

Bearbeitungsaufträge in AFIS und CODIS	2020	2021	2022	2023	2024
Automatisiertes Fingerabdruck-Identifikationssystem					
AFIS					
Schnellanfragen (FPS*)	107 161	133 740	263 781	341 509	315 875
Personenanfragen (CPS**)	47 790	50 475	62 182	63 651	60 402
Fingerabdruck-/Handflächenabdruck-Spuren	10 275	10 595	11 053	12 241	14 038
Combined DNA Index System CODIS					
DNA-Personenprofile	11 694	10 304	10 119	9 353	7 272
DNA-Spurenprofile	11 598	11 701	12 655	15 555	16 595
Total Identifikationsanfragen (AFIS und CODIS)	188 518	216 815	359 790	442 309	414 182

* FPS = Fast Print Submission (früher: 2-Finger-Anfragen)

** CPS = Common Print Submission (früher: 10-Finger-Anfragen)

Nationales Polizeifahndungssystem RIPOL

Datenbestand RIPOL	2020	2021	2022	2023	2024
Personen	273 731	243 039	239 633	238 847	257 057
Fahrzeuge (inkl. Fahr-/Motorräder)	592 579	569 295	552 894	542 509	536 914
Fahrzeugkennzeichen	441 854	409 384	374 025	342 764	312 437
Ungeklärte Straftaten	2 818 595	2 801 055	2 796 446	2 803 712	2 846 879
Sachen	2 943 846	2 837 320	2 807 192	2 803 317	2 825 447
Signalelemente (Beschreibungen)	81 635	81 947	82 501	84 982	87 363

Erfasste Datenmengen Personenfahndungen (RIPOL)	2020	2021	2022	2023	2024
Haftbefehle	68 842	63 033	75 029	78 092	87 063
Aufenthaltsnachforschungen	33 189	29 182	37 694	45 266	51 429
Fernhaltemassnahmen	2 997	3 599	4 638	6 092	6 745
In Verwahrung nehmen	13 621	13 821	15 164	17 040	17 647
In Straf- und Massnahmenvollzug	411	421	333	363	387
Vermisste	3 318	3 657	4 328	4 547	6 744
Verhinderung von Kindesentführungen	271	267	382	550	609
Ausreisebeschränkungen (HOOGAN)	0	0	46	0	21
Verdeckte Registrierungen	118	312	186	130	190
Verdeckte Registrierungen – Sicherheit des Staates	435	447	320	333	698
Gezielte Kontrollen	12	8	16	22	47
Gezielte Kontrollen – Sicherheit des Staates	114	71	72	88	51

Erfasste Datenmengen Sachfahndung (RIPOL)	2020	2021	2022	2023	2024
Fälle	137 761	152 933	182 002	198 122	209 900
Signalelemente (Beschreibungen)	5 573	5 180	5 707	6 392	6 293
Sachen	104 887	117 851	146 884	161 697	182 682

Erfasste Datenmengen Fahrzeugfahndung (RIPOL)	2020	2021	2022	2023	2024
Fahrzeuge	3 999	4 140	5 148	6 272	6 695
Fahrräder, Motorfahräder und gestohlene Vehicle Identification Numbers (VINs)	24 557	24 422	28 397	32 292	34 630
Kennzeichen	31 951	32 623	35 331	39 108	41 675

Erfasste Datenmengen Fahrzeugfahndung (RIPOL)	2020	2021	2022	2023	2024
Fahrrad-, Motorfahrradkennzeichen	2 062	2 147	2 394	2 330	2 363

Erfasste Datenmengen aktive Fahndungen (RIPOL)	2020	2021	2022	2023	2024
Dringende Meldungen Personen	17 149	17 862	19 375	20 914	21 617

Fahndungstreffer Schengener Informationssystem (SIS) 2024	Schweiz	Ausland mit Bezug zu Schweizer Daten
Festnahmen zwecks Auslieferung	390	309
Einreiseverbote	4 582	3 300
Vermisste	1 098	268
Von der Justiz Gesuchte (z. B. Zeugen)	1 885	750
Verdeckte Registrierungen*	5 940	1 263
Sachen (Fahrzeuge, Ausweise, Waffen usw.)	2 930	1 291
Total	21 468	22 992

* Mit der verdeckten Registrierung im SIS können die Bewegungsrouten von Personen, die sich mutmasslich an terroristischen Aktivitäten beteiligen, nachverfolgt werden.

[Phishing-Betrug mit internationalem Netzwerk aufgedeckt](https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/phishing-betrug-mit-internationalem-netzwerk-aufgedeckt/) [<https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/phishing-betrug-mit-internationalem-netzwerk-aufgedeckt/>]

[Bürgenstock: Konferenz mit hohem Einsatz](https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/burgenstock-konferenz-mit-hohem-einsatz/) [<https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/burgenstock-konferenz-mit-hohem-einsatz/>]

[Flucht ins Luxusparadies](https://fedpol.report/de/report-2024/kooperation/flucht-ins-luxusparadies/) [<https://fedpol.report/de/report-2024/kooperation/flucht-ins-luxusparadies/>]

[Doppelt ausgebeutet](https://fedpol.report/de/report-2024/kooperation/doppelt-ausgebeutet/) [<https://fedpol.report/de/report-2024/kooperation/doppelt-ausgebeutet/>]

239

Einreiseverbote

Einreiseverbote und Ausweisungen

Zum Schutz der inneren und der äusseren Sicherheit kann fedpol gegenüber Ausländerinnen und Ausländern Einreiseverbote und Ausweisungen erlassen. 2024 verhängt fedpol erstmals eine Ausweisung wegen Kriegsverbrechen.

fedpol kann, gestützt auf Artikel 67 Absatz 4 und Artikel 68 des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration, gegenüber Ausländerinnen und Ausländern Einreiseverbote und Ausweisungen verfügen. Grund für diese Massnahmen ist die Gefährdung der inneren oder der äusseren Sicherheit der Schweiz. fedpol tut dies entweder auf Basis eigener Erkenntnisse oder auf Antrag anderer Behörden, insbesondere des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB).

Einreiseverbote	2020	2021	2022	2023	2024
Terrorismus	144	92	19	81	126
Gewaltextremismus	0	0	2	1	35
Organisierte Kriminalität	4	25	15	16	43
Verbotener Nachrichtendienst (Spionage)	19	70	276	75	34
Total	167	187	312	173	238

Die Anzahl der Einreiseverbote steigt 2024 im Vergleich zum Vorjahr stark an. Der grösste Teil der Einreiseverbote betrifft den Terrorismus. Für Fälle von Terrorismus und organisierter Kriminalität tragen insbesondere gerichtlich verwertbare Informationen von ausländischen Partnern dazu bei, Einreiseverbote mit geringem Ressourcenaufwand zu verhängen. fedpol hat 2024 mehr Informationen aus dem Ausland erhalten und konnte daher mehr Einreiseverbote aussprechen. Spionage bewegt sich zurück auf den Stand von vor 2022, das durch den Kriegsausbruch in der Ukraine gekennzeichnet war.

Ausweisungen	2020	2021	2022	2023	2024
Terrorismus	3	2	2	4	3
Organisierte Kriminalität	0	0	1	4	0
Kriegsverbrechen	0	0	0	0	1
Total	3	2	3	8	4
Vollzogen	1	1	2	3	3
Nicht oder noch nicht vollzogen	2	1	1	5	1

Ausweisungen werden 2024 insgesamt vier verfügt. fedpol ordnet gegen drei terroristische Gefährder eine Ausweisung an. Erstmals in der Geschichte verhängt fedpol eine Ausweisung wegen Kriegsverbrechen.

fedpol unterscheidet in der Statistik zwischen vollzogenen und nicht vollzogenen Ausweisungen, da nicht jede Ausweisungsverfügung sofort umgesetzt werden kann. Die Gründe dafür sind vielfältig; beispielsweise wegen des Non-Refoulement-Prinzips* oder wegen eines laufenden Beschwerde- oder Strafverfahrens.

* Kein vertragsschliessender Staat darf einen Flüchtling in irgendeiner Form in das Gebiet eines Landes ausweisen oder zurückstellen, wo sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder seiner politischen Anschauungen gefährdet wäre (Art. 33, Abkommen über die Rechtstellung der Flüchtlinge [https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/19/55/443_461_469/de#art_33]).

Radikalisierung: Vom Klick zur Tat [<https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/radikalisierung-vom-klick-zur-tat/>]

Erfolgreicher Schlag gegen internationale Schleuserbande [<https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/erfolgreicher-schlag-gegen-internationale-schleuserbande/>]

Der Hamas-Code [<https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/der-hamas-code/>]

4

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Terrorismusbekämpfung

Im Jahr 2022 ist das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus in Kraft getreten. Seither haben der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) und die Kantone zehn Anträge zur Umsetzung von Massnahmen gestellt, vier davon 2024.

Ziel der polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ist es, die Bevölkerung vor potenziellen Terroristen zu schützen. fedpol kann auf Antrag der Kantone oder des NDB Massnahmen anordnen. Die Umsetzung obliegt den Kantonen. PMT-Massnahmen können vor einem Strafverfahren, nach dem Strafvollzug, unter bestimmten Umständen während eines Strafverfahrens – als Ergänzung zu freiheitsentziehenden Zwangsmassnahmen – und während des Strafvollzugs angewendet werden.

fedpol kann unter anderem eine Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht, ein Kontaktverbot, eine Ein- und Ausgrenzung, ein Ausreiseverbot, die Eingrenzung auf eine Liegenschaft oder eine elektronische Überwachung und Mobilfunklokalisierung anordnen.

Diese Statistik wurde im Jahresbericht 2022 [<https://2022.fedpol.report/de/schwerst-kriminalitat/pmt-fedpol-verfugt-erstmalig-massnahmen/>] zum ersten Mal veröffentlicht.

Anträge von Kantonen und NDB	2022	2023	2024
Anträge des NDB	1	1	0
Anträge von kantonalen Behörden	0	4	4
Anzahl Fälle	1	5	4

PMT-Massnahmen* 2024, gemäss Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS)

	Anträge					Rechtskräftige Anordnungen
	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Melde- und Gesprächsteilnahmepflicht (Art. 23k BWIS)	1	6	3	1	0	1
Kontaktverbot (Art. 23/ BWIS)**	0	4	24	0	0	6
Ein- und Ausgrenzung (Art. 23m BWIS)	1	4	2	1	0	1
Ausreiseverbot (Art. 23n BWIS)	0	4	1	0	0	1
Eingrenzung auf eine Liegenschaft (Art. 23o et 23p BWIS)	0	0	0	0	0	0
Elektronische Überwachung und Mobilfunklokalisierung (Art. 23q BWIS)	1	6	3	1	0	1

Abgewiesene Anträge gab es in den Jahren 2022 bis 2024 keine.

* Pro Fall sind mehrere Massnahmen möglich. Diese Zahlen entsprechen dem Stand vom 31. Dezember 2024. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt nicht alle Anträge rechtskräftig geworden sind, kann dies auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein:

- Der Entscheid war noch in Prüfung;
- Der Entscheid wurde gefällt, war aber noch nicht rechtskräftig (aufgrund der Beschwerdefrist und/oder eines Beschwerdeverfahrens);
- Die ausstellende Behörde hat ihren Antrag zurückgezogen;
- Die angeordnete Massnahme wurde mit einer Beschwerde angefochten.

** Im Jahr 2024 fällt die Anzahl der Kontaktverbote höher aus als in den Vorjahren. Dies lässt sich dadurch erklären, dass in zwei Fällen jeweils neun Kontaktverbote beantragt werden. Diese Massnahmen zielen darauf ab, Verbindungen, welche die Radikalisierung fördern oder begünstigen könnten, so weit wie möglich einzuschränken.

Umsetzung der Massnahmen	2022	2023	2024
Beschwerdeverfahren	0	1	1
Strafanzeigen Massnahmenverstösse	0	0	1

Terroristische Aktivitäten

Das Gesetz [<https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/2004/de>], umschreibt terroristische Aktivitäten als «Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung, die durch die Begehung oder Androhung von schweren Straftaten oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken verwirklicht oder begünstigt werden sollen».

Massnahmen für Minderjährige

Auch Kinder und Jugendliche können für radikale Ideologien empfänglich sein und terroristischen Aktivitäten nachgehen. fedpol weiss dies aus Erfahrung in der Schweiz und im Ausland. Die PMT-Massnahmen können für Jugendliche ab zwölf Jahren angewendet werden und dienen somit auch ihrem Schutz. In Verbindung mit dem Nationalen Aktionsplan gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus [<https://www.svs-rns.ch/de/nationaler-aktionsplan>], stellen die präventiven Massnahmen eine Möglichkeit dar, die Radikalisierung zu stoppen und einzugreifen, bevor die Jugendlichen eine Straftat begehen.

Bedingungen für Massnahmen

Auf präventiver Ebene haben andere Massnahmen der Kantone, seien sie sozialer, integrativer oder therapeutischer Art, stets Vorrang – ebenso wie kantonale Massnahmen zur allgemeinen Bedrohungsprävention und Massnahmen auf der Grundlage der Strafprozessordnung. Bei Minderjährigen müssen Erziehungs- oder Kinderschutzmassnahmen immer vor PMT-Massnahmen angewendet werden. Erst wenn diese Massnahmen ausgeschöpft sind oder keine Wirkung zeigen, dürfen PMT-Massnahmen angeordnet werden.

Radikalisierung: Vom Klick zur Tat [<https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/radikalisierung-vom-klick-zur-tat/>]

Der Hamas-Code [<https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/der-hamas-code/>]

15736

Verdachtsmeldungen, die fedpol vom Nationalen Zentrum für vermisste und ausgebeutete Kinder (NCMEC) der USA übermittelt wurden

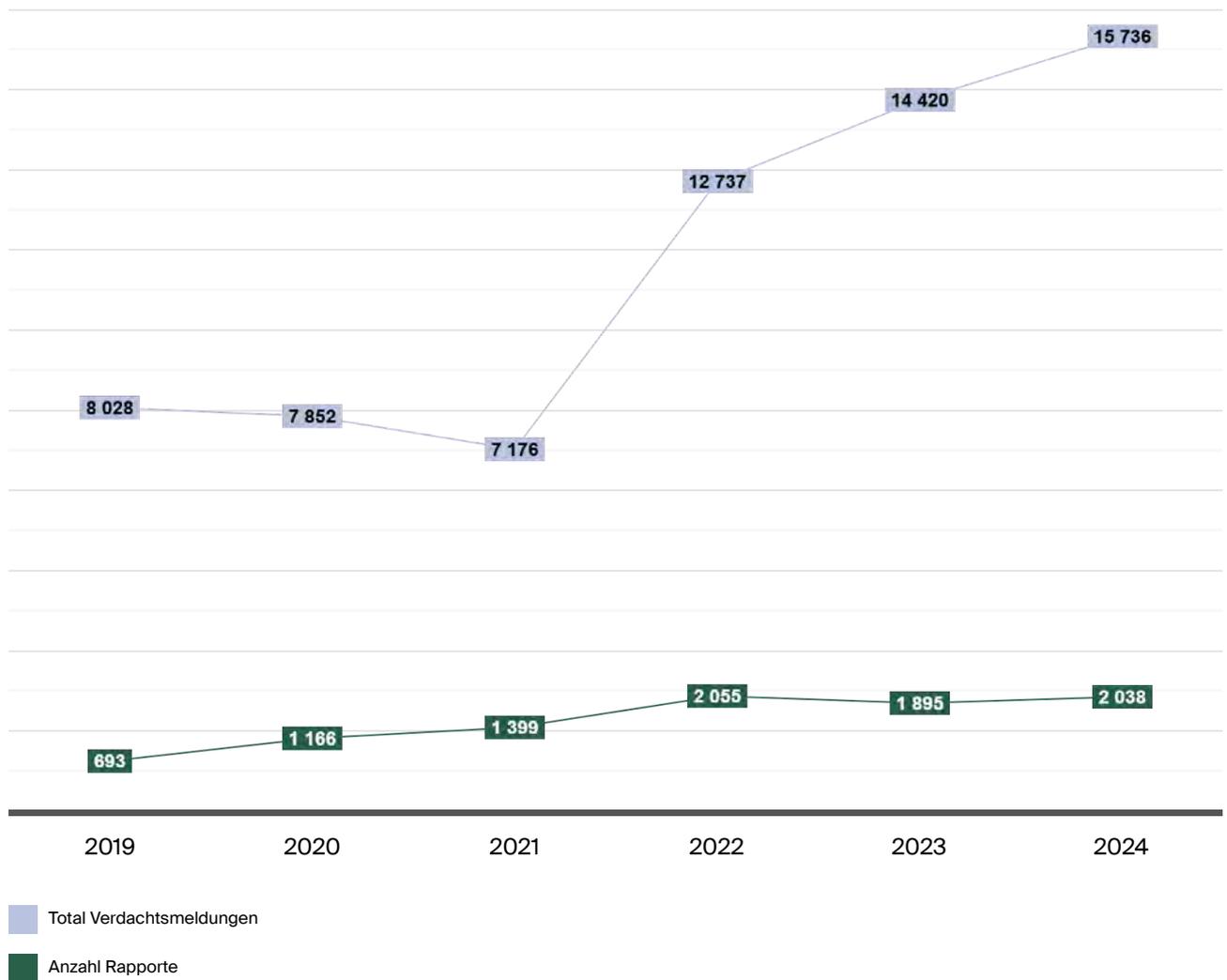
Vereint gegen Pädokriminalität

Das Leben von Kindern und Jugendlichen findet zunehmend im digitalen Raum statt. Und wo sie sich aufhalten, sind Pädokriminelle nicht weit weg. Dies bestätigen die Zahlen.

Das National Center for Missing & Exploited Children (NCMEC) in den USA ist für fedpol einer der wichtigsten nicht-polizeilichen Partner im Kampf gegen die Pädokriminalität. Internet- oder Social-Media-Plattformen wie Google, Facebook, Instagram, Snapchat und viele mehr sind dazu verpflichtet, der gemeinnützigen US-amerikanischen Organisation verbotene pornografische Inhalte zu melden. Gibt es einen Bezug zur Schweiz, leitet NCMEC die Verdachtsmeldungen an fedpol weiter.

2024 erhält fedpol 15 736 NCMEC-Meldungen. Im Vergleich zu den Vorjahren sind die Zahlen weiter angestiegen. Mehr Verdachtsmeldungen bedeuten einerseits, dass die Algorithmen der Internet- und Social-Media-Plattformen immer präziser werden und mehr Material entdecken. Andererseits nimmt die Menge an verbotenem pornografischem Material im Netz effektiv zu. So sind beispielsweise immer mehr Bilder und Videos im Umlauf, die Kinder und Jugendliche von sich selbst herstellen und verschicken. Oftmals ist sich diese Altersgruppe der potenziellen strafrechtlichen Relevanz und des Missbrauchspotenzials nicht bewusst.

NCMEC-Meldungen und Rapporte



Nach Erhalt der Meldungen prüft fedpol, ob der Inhalt nach Schweizer Recht strafrechtlich relevant ist, und trifft die nötigen Abklärungen. Ist der Inhalt strafrechtlich relevant und kann eine mögliche Täterschaft identifiziert werden, leitet fedpol die Fälle an die Kantone weiter – mittels sogenannter Rapporte. Ein Rapport kann mehrere Bilder und Videos enthalten und dient den Kantonspolizeien als Grundlage für weitere Ermittlungen und das Eröffnen von Strafverfahren gegen die Täterschaft. 2024 hat fedpol 2038 Rapporte übermittelt.

[KI für moralisch vertretbare Kinderpornografie? \[https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/ki-fuer-moralisch-vertretbare-kinderpornografie/\]](https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/ki-fuer-moralisch-vertretbare-kinderpornografie/)

689

Drohungsmeldungen von Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Bundesratsmitglieder

Drohungsmeldungen nehmen zu

Nachdem die Drohungsmeldungen mit der Aufhebung der Covid-Massnahmen zunächst abgenommen haben, ist derzeit wieder ein leichter Anstieg zu beobachten. Der Ton bleibt aggressiv.

Im Jahr 2024 nimmt fedpol 689 Meldungen entgegen und prüft sie. Der Inhalt dieser Drohungen ist alarmierend, der Ton besonders aggressiv. Die Politik in der Schweiz und in der Welt polarisiert und entfacht hitzige Debatten, insbesondere in den sozialen Medien. Dort diskutieren Nutzerinnen und Nutzer oft ungefiltert; die Themen spiegeln die Sorgen der Bevölkerung. In diesem aufgeheizten Klima entstehen immer wieder emotionale Reaktionen, die nicht selten in Drohungen gegen Schutzpersonen münden, die in der Verantwortung des Bundes stehen.

2024 liegen in 71 Fällen – rund 10 Prozent der insgesamt 689 Meldungen – begründete Anhaltspunkte für eine konkrete Sicherheitsgefährdung vor. Bestehen konkrete Gründe zur Annahme, dass jemand gegen eine zu schützende Person oder ein Gebäude eine Straftat begehen wird, kann fedpol Schutzmassnahmen wie Gefährderansprachen oder Grenzziehungsbriefe ergreifen. Liegt hingegen keine konkrete Gefahr vor, etwa im Fall von Beleidigungen, dürfen keine Personendaten im Informations- und Dokumentationssystem erfasst werden. Den betroffenen Personen bleibt es in diesen Fällen überlassen, selbst rechtliche Schritte einzuleiten oder sich zum Beispiel polizeiliche Beratung und Unterstützung zu holen.

Anzahl Drohungsmeldungen 2024	2020	2021	2022	2023	2024
Meldungen	885	1 215	528	593	689
Tatsächliche Drohungen / potenzielle Fremdgefährdung	64	120	68	62	71

Bemerkung zu den Statistiken: Wenn eine Person am selben Tag mehrere Meldungen verursacht, werden diese als eine einzige Meldung registriert. fedpol bewertet und analysiert jedoch alle Meldungen einzeln. Seit Herbst 2022 haben Parlamentarierinnen

und Parlamentarier die Möglichkeit, eine Meldung via App abzusetzen. Diese App hat fedpol entwickelt, damit die Information auf schnellstem Weg an den Bundessicherheitsdienst von fedpol gelangt. Für jede Meldung führt fedpol eine detaillierte Lageanalyse durch.

Sicherheitspolizeiliche Aufgaben	2020	2021	2022	2023	2024
Sicherheitsbeurteilungen für Schutzpersonen*	519	465	646	731	843
Sicherheitsmassnahmen für ausländische diplomatische Vertretungen	141	259	420	435	580
Anzahl bearbeiteter Fälle**	20	16	16	14	4

* Beurteilung von Details zu einzelnen Personen.

** Besondere oder ausserordentliche Ereignisse, die mittels spezieller polizeilicher Einsatzstrukturen von fedpol bewältigt werden.

Völkerrechtlich geschützte Besucherinnen und Besucher der Schweiz	2020	2021	2022	2023	2024
Anzahl Besucherinnen und Besucher	525	506	1 057	884	1169
Anzahl Personenschutzmassnahmen	241	137	229	234	340
Anzahl Waffentragbewilligungen für ausländische Sicherheitsbegleitungen	662	780	658	644	793

Schwankende Zahlen bei den völkerrechtlichen Besuchen ergeben sich aufgrund der politischen Aktualität. 2024 findet beispielsweise die hochrangige Konferenz zum Frieden in der Ukraine auf dem Bürgenstock statt, an der eine grosse Anzahl völkerrechtlich geschützter Personen teilnimmt. Die Schutzmassnahmen hängen von der individuellen Risikoeinschätzung für jede dieser Personen ab. Mit anderen Worten: Eine einzelne Person, die als Hochrisikoperson eingestuft wird, generiert mehr Schutzmassnahmen als eine Gruppe, die als niedriges Risiko eingestuft wird.

Gefährdungsanalysen	2020	2021	2022	2023	2024
Gefährdungsbeurteilungen für völkerrechtlich geschützte Besucherinnen und Besucher	335	210	304	273	303
Gefährdungsbeurteilungen für den Schutz von Schutzpersonen und ausländischen Vertretungen	288	325	368	422	465
Lagebeurteilungen für Bundesobjekte im In- und Ausland*	12	18	15	25	29

* Lagebeurteilungen werden aufgrund der Umstände oder auf Ersuchen der Hausherren vorgenommen. Auf dieser Grundlage erarbeitet fedpol eine Schwachstellenanalyse und schlägt Verbesserungen vor.

Das Bundeshaus und die Bundesgebäude stellen das Herz der politischen Macht in der Schweiz dar. Ihre symbolische Bedeutung ist einer der Gründe, weshalb diese Gebäude immer wieder Ziel von Aktionen sind. fedpol erarbeitet für Gebäude im Zuständigkeitsbereich des Bundes Lage- und Bedrohungsbeurteilungen, um geeignete Schutzmassnahmen zu treffen.

[Bürgenstock: Konferenz mit hohem Einsatz](https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/burgenstock-konferenz-mit-hohem-einsatz/) [<https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/burgenstock-konferenz-mit-hohem-einsatz/>]

[Ein Einsatz, eine Kultur](https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/ein-einsatz-eine-kultur/) [<https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/ein-einsatz-eine-kultur/>]

[Einsatz mit Lokalkolorit](https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/einsatz-mit-lokalkolorit/) [<https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/einsatz-mit-lokalkolorit/>]

[Schweizer Haus, sicheres Haus](https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/schweizer-haus-sicheres-haus/) [<https://fedpol.report/de/report-2024/schutz/schweizer-haus-sicheres-haus/>]

15141

Verdachtsmeldungen von Finanzintermediären im Zusammenhang mit Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Geldern krimineller Herkunft oder kriminellen Organisationen

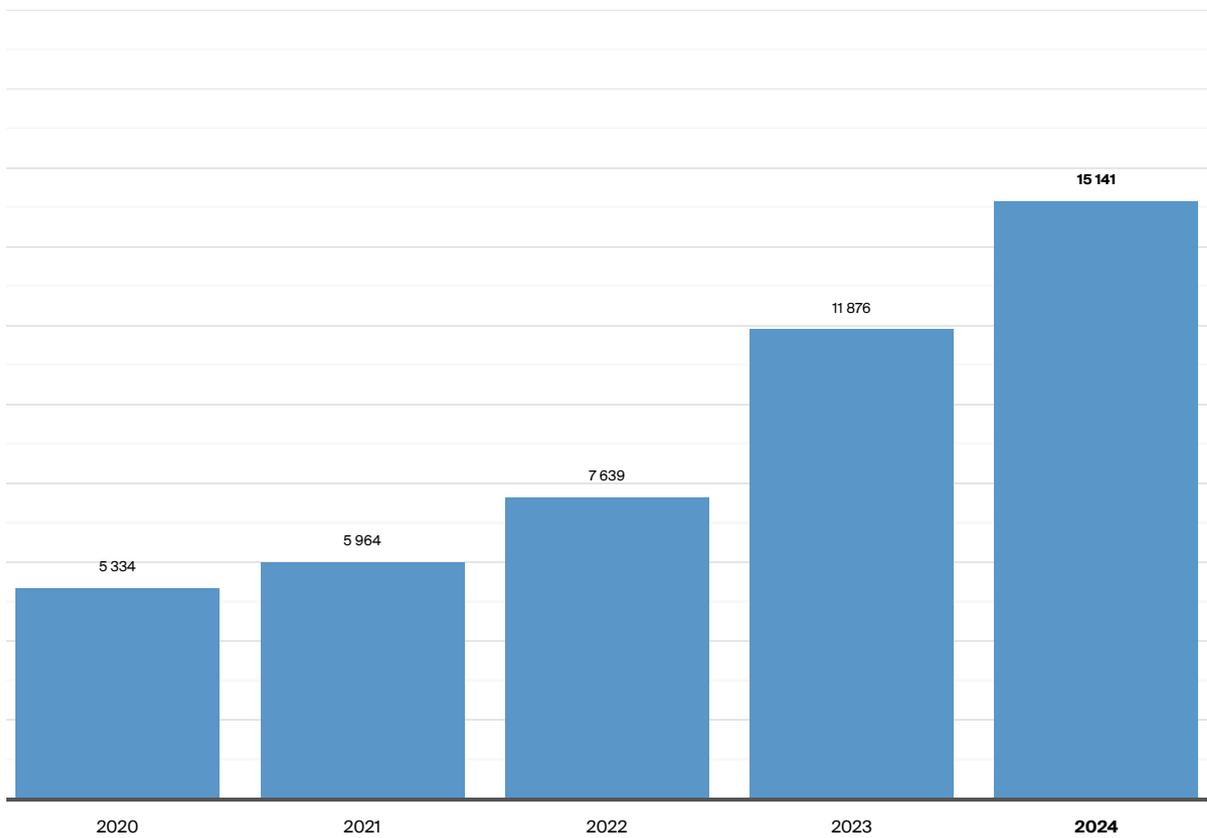
Geldwäsche: doppelt so viele Meldungen wie noch vor zwei Jahren

Die Anzahl Meldungen, die bei der Meldestelle für Geldwäsche (MROS) eingehen, steigt seit Jahren massiv. Seit der Einführung des Informationssystems goAML 2020 hat sich das Datenvolumen knapp verdreifacht.

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet die MROS bei den Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einen Anstieg von 27,5 Prozent. Die MROS analysiert die gemeldeten Fälle und ergänzt diese mit eigenen Informationen. Sie entscheidet im Einzelfall, ob eine Anzeige an eine Strafverfolgungsbehörde erstattet wird oder nicht.

In ihrem Jahresbericht (Publikation am 1. Mai 2025) bietet die MROS anhand von Statistiken und Hintergrundinformationen einen vertieften Einblick in ihre Aufgaben rund um die Bekämpfung der Geldwäsche und die Terrorismusfinanzierung.

Anzahl Verdachtsmeldungen



Unantastbar? Nein! [<https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/unantastbar-nein/>]

Im Auge des Schneesturms [<https://fedpol.report/de/report-2024/schwerstkriminalitaet/im-auge-des-schneesturms/>]

719

Erwerbsbewilligungen für Vorläuferstoffe von Explosivstoffen

Bewilligungen und Erwerb von Vorläuferstoffen für explosionsfähige Stoffe

Seit zwei Jahren registrieren die Verkaufsstellen im Informationssystem von fedpol jeden Erwerb von Vorläuferstoffen durch Privatpersonen. Das erste Fazit: Die technische Umsetzung des Gesetzes läuft gut.

Vorläuferstoffe sind chemische Substanzen, die in einer Vielzahl von Alltagsprodukten vorkommen, wie zum Beispiel Wasserstoffperoxid zur Desinfektion von Schwimmbädern oder Ammoniumnitrat, das als Düngemittel verwendet wird. Auf den ersten Blick erscheinen solche Substanzen harmlos, bei genauerer Betrachtung sind sie sehr gefährlich. Denn in einer bestimmten Konzentration und Dosis können diese Substanzen zur Herstellung von Explosivstoffen missbraucht werden.

Wenn diese Herstellung in einem improvisierten Labor ausserhalb der industriellen Produktion stattfindet, spricht man von «Homemade Explosives» (HME). HME können von Terroristen und Mitgliedern krimineller Organisationen genutzt werden, um beispielsweise Anschläge oder Angriffe auf Geldautomaten zu verüben. Sie stellen bereits bei der Herstellung ein Risiko dar, weil sie schon zu diesem Zeitpunkt explodieren können. Diese Stoffe sind auch eine Gefahr für die Umwelt in der Nähe des Herstellungsortes und für die Einsatzkräfte, die das Gebiet sichern und die Reste von explosiven Stoffen beseitigen müssen. Zahlreiche Vorfälle in der Schweiz haben diese Gefahr verdeutlicht.

Transaktionen und Bewilligungen	2023	2024
Anzahl Transaktionen (total)	2 953	3 023
Anzahl erteilte Erwerbsbewilligungen	2 449	719

Um die missbräuchliche Verwendung von Vorläuferstoffen und die damit einhergehenden Gefahren zu verhindern, müssen Privatpersonen für den Kauf von Vorläuferstoffen in

gewissen Konzentrationen eine Bewilligung des Bundes beantragen. Diese Regelung ist 2023 mit dem neuen Gesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe [<https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2022/352/de>], in Kraft getreten.

Im Jahr 2024 ist die Anzahl der erteilten Erwerbsbewilligungen deutlich geringer: 719 (im Vergleich zu 2449 im Vorjahr). Grund dafür ist die dreijährige Gültigkeit der Bewilligung, die es ermöglicht, Vorläuferstoffe zu erwerben, ohne bei jeder Transaktion einen neuen Antrag stellen zu müssen. Personen, die bereits 2023 eine Bewilligung erhalten haben, müssen 2024 keine neue beantragen. Trotzdem registrieren die Verkaufsstellen im Informationssystem von fedpol jeden Erwerb oder jede Transaktion von Vorläuferstoffen durch Privatpersonen. Dies ermöglicht eine bessere Rückverfolgbarkeit der Produkte und Käufe: ein entscheidender Schritt zu mehr Sicherheit für die Bevölkerung.

Die Umsetzung der Vorläuferstoffgesetzgebung verläuft wunschgemäss, angefangen bei der Erteilung von Erwerbsbewilligungen über die Registrierung von Transaktionen bis hin zur Kontrolle der Verkaufsstellen. Im Jahr 2024 werden fünf Strafverfahren eröffnet, meistens aus Unkenntnis über die neue Gesetzgebung.

357

Personen, gegen die Massnahmen wegen gewalttätigem Verhalten an Sportveranstaltungen verhängt wurden

Gewalt bei Sportveranstaltungen: Niveau bleibt stabil

Bei Sportveranstaltungen – insbesondere im Eishockey und im Fussball – kann es zu gewalttätigen Ereignissen kommen. Zur Unterstützung der Kantone betreibt fedpol das Informationssystem HOOGAN. Darin werden unter anderem Personen registriert, die ein Stadionverbot haben.

Im Informationssystem HOOGAN werden Daten über Personen registriert, die sich bei Sportveranstaltungen in der Schweiz oder im Ausland gewalttätig verhalten haben. Anfang Juli jeden Jahres publiziert fedpol die aktuellen Zahlen zu den in HOOGAN erfassten Personen und Massnahmen. Die Personen bleiben nach Ablauf der letzten Massnahme drei Jahre lang gespeichert. Danach werden sie gelöscht.

HOOGAN dient als Grundlage für die elektronische Darstellung des Gesamtschweizerischen Lagebilds Sport (GSLS-Reporting), mit dem Spiele aufgrund von Ereignissen analysiert werden.

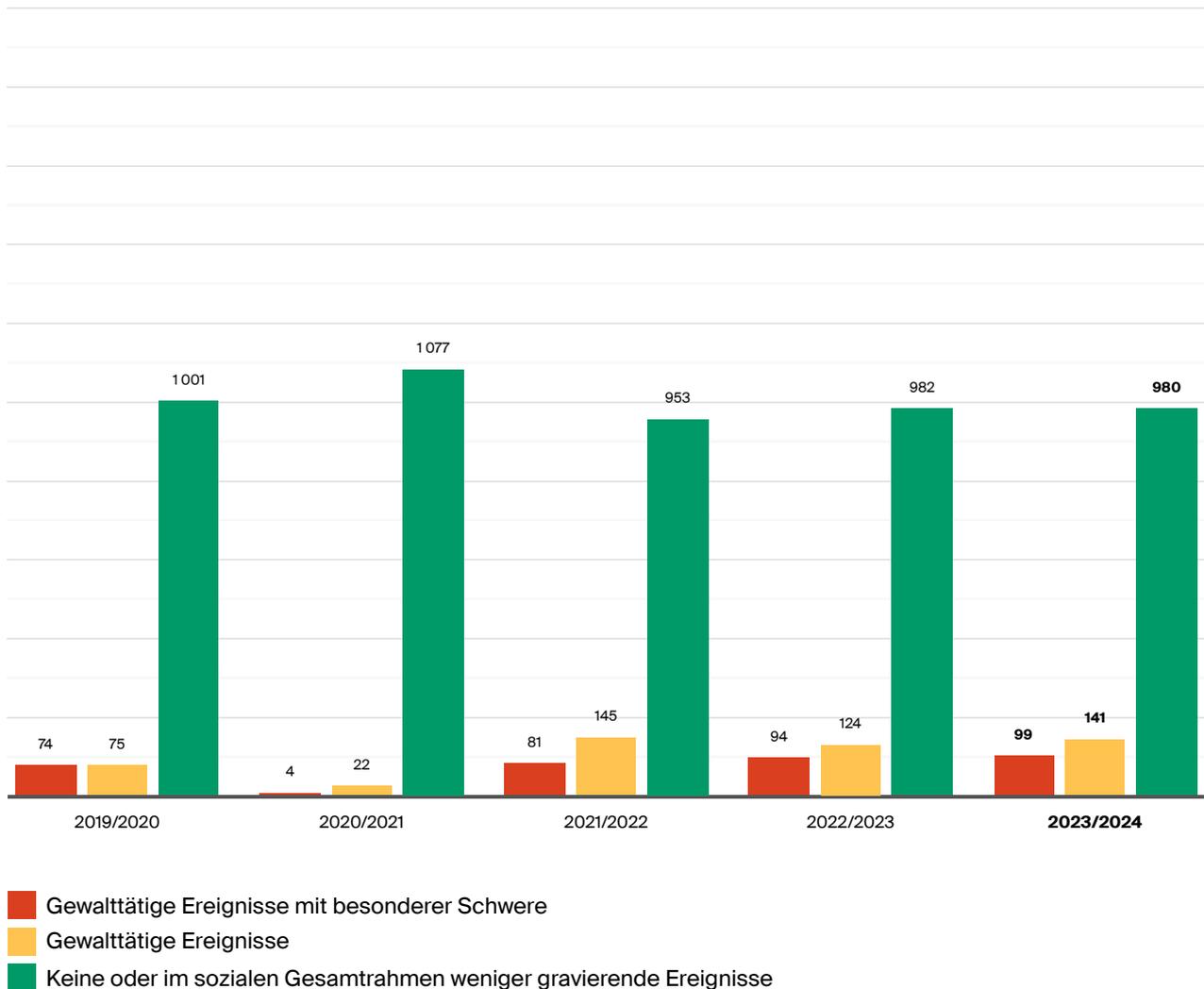
Anzahl Personen und aktive Massnahmen in HOOGAN	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive Massnahmen	995	645	469	519	533
Personen mit aktiven Massnahmen	622	431	315	332	357
Neu erfasste Personen	216	68	115	183	171
Gelöschte Personen	270	250	338	286	270
Total registrierte Personen	1 525	1 343	1 120	1 017	918

Seit 2023 ist ein leichter Anstieg der gewalttätigen Zwischenfälle zu beobachten; so auch 2024. Das Niveau war zwischen 2020 und 2022 aufgrund der Covid-Pandemie besonders tief.

Gesamtschweizerisches Lagebild Sport (GSLs-Reporting)

Nach jedem Spieltag liefern die beteiligten Partner (Polizei, Sportverbände und SBB) fedpol sicherheitsrelevante Informationen über gewalttätige Ereignisse. Auf dieser Grundlage wertet fedpol jedes Fussball- oder Eishockey-Spiel aus und erstellt einmal jährlich das GSLs-Reporting. In der Saison 2023/2024 wurden insgesamt 1220 Spiele bewertet und im System GSLs publiziert. Bei 99 Spielen kam es zu gewalttätigen Ereignissen mit besonderer Schwere.

Bewertung GSLs-Reporting



Die Zahlen des GSLs-Reporting zeigen, dass die Gewalt seit der Saison 2021/2022 wieder auf das Niveau von vor der Pandemie angestiegen ist. Die Zahlen sind stabil, Tendenz leicht steigend. Dies spiegeln auch die HOOGAN-Zahlen (siehe Tabelle), die 2024 im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen sind. So steigt beispielsweise die Anzahl der Personen, gegen die aktive Massnahmen verhängt werden. Die Identifizierung gewalttätiger Fans nimmt oftmals Zeit in Anspruch. Das bedeutet, dass die Massnahmen nicht unmittelbar nach einem Ereignis ergriffen werden. Dies überträgt sich ebenfalls auf die Daten in der Statistik.



Bundesamt für Polizei fedpol

Guisanplatz 1A

3003 Bern

www.fedpol.admin.ch

www.fedpol.report